

**KATHOLIZISMUS UND ZENTRUMSTRADITION  
IN NORDRHEIN-WESTFALEN 1945-1949**

**Aspekte der Konfessions-, Parteien-  
und Landesgeschichte**

Seminararbeit für das Hauptseminar  
„Katholische“ Bundesrepublik - „evangelische“ DDR?  
Fragen an die Konfessionsgeschichte der Nachkriegszeit  
Leitung: Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel  
Geschichtswissenschaftliche Fakultät Tübingen  
Sommersemester 1994

Oliver Wieters  
Herrenberger Straße 28  
72070 Tübingen

## INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG .....	1
1.1. Gegenstand dieser Arbeit.....	1
1.2. Methodische Vorüberlegungen.....	5
1.3. Begriff des Katholizismus .....	7
2. GRÜNDUNGSGESCHICHTE NORDRHEIN-WESTFALENS .....	9
2.1. Rheinland und Westfalen vor 1945 .....	10
2.2. Die Gründung Nordrhein-Westfalens.....	10
2.3. Demontage und Sozialisierung.....	15
2.4. Sozialprofil Nordrhein-Westfalens.....	16
3. DER DEUTSCHE KATHOLIZISMUS 1945.....	17
3.1. Der Untergang des politischen Katholizismus .....	17
3.2. Die äußere Entwicklung der katholischen Kirche nach Kriegsende .....	20
4. CDU UND ZENTRUM IN NORDRHEIN-WESTFALEN .....	22
4.1. Die Lizenzierung der Parteien 1945 .....	22
4.2. Die Anfänge der Union.....	24
4.2.1. Voraussetzungen.....	24
4.2.2. Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union in Nordrhein-Westfalen.....	26
4.2.3. Die Rolle Konrad Adenauers.....	31
4.3. Die Neuanfänge der Deutschen Zentrumspartei.....	33
4.3.1. Voraussetzungen.....	33
4.3.2. Die Wiedergründung der Deutschen Zentrumspartei in Nordrhein-Westfalen.....	34
4.4. CDU, Zentrum und katholische Kirche.....	41
5. DIE AUFLÖSUNG DES KATHOLISCHEN MILIEUS.....	44
5.1. Gesellschaftliche Mobilisierung nach 1945 .....	45
6. SCHLUßBETRACHTUNG .....	48
7. ANHANG.....	51
7.1. Karte Nordrhein-Westfalens.....	51
7.2. Wahlen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1947 und 1953.....	52

7.3. Wahlergebnisse der DZP .....	52
8. AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE .....	53
8.1. Literatur zur Methodik.....	53
8.2. Literatur zur Parteiengeschichte .....	53
8.3. Literatur zur Religionsgeschichte .....	55
8.4. Literatur zur Geschichte Nordrhein-Westfalens.....	57
8.5. Andere Literatur .....	58

# 1. EINLEITUNG

## 1.1. Gegenstand dieser Arbeit

„Es gibt kein Getto, keinen ‘Turm’, keine katholische Sonderwelt mehr - zumindest nicht in der Sicht der Katholiken.“<sup>1</sup> So konnte Hans Maier vor wenigen Jahren in einer Bestandsaufnahme des heutigen Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland feststellen. Das Zitat spielt auf den berühmten Ausspruch Julius Bachems aus dem Jahre 1906 an: „Wir müssen aus dem Turm heraus“. Der Kölner Verleger, der um sich einen großen Teil des katholischen Mittelstandes versammelt hatte, wollte die Zentrumspartei<sup>2</sup> aus ihrer minoritären Defensivposition herausführen. „Die mit dem Turm symbolisierte Lagermentalität sollte gesprengt werden, und der politische Katholizismus sollte sich den protestantischen Konservativen öffnen.“<sup>3</sup> Andererseits stand die Funktion des Zentrums als einheitliche politische Interessenvertretung der Katholiken prinzipiell nicht in Frage. Es sollten vielmehr auf pragmatische Weise Vorteile für katholische Mittelstandsinteressen erreicht werden.

Während Bachems Forderung keine konkreten Konsequenzen nach sich zog, wurde das 1920 in Essen vorgetragene Programm von Adam Stegerwald<sup>4</sup> zu einem wichtigen Bezugspunkt der Unionsgründer 1945. Auch Stegerwald wollte die Minderheitensituation des politischen Katholizismus überwinden. Das Ziel seines „Essener Programms“ war die Bildung einer interkonfessionell-christlichen, nationalen Sammlungspartei im Mitte-Rechts-Spektrum. Damals scheiterte dieses Vorhaben, weil die Parteien rechts vom Zentrum durch den Plan ihre eigene parteipolitische Existenz aufs Spiel gesetzt sahen und weil die Katholischen Arbeiter Bünde (KAB) befürchteten, daß ihre mühsam erreichte innerparteiliche Position durch den keineswegs sicheren Zustrom protestantischer Rechtskräfte geschwächt werden könnte<sup>5</sup>.

Der Weg zu einer interkonfessionellen Partei wurde frei, nachdem der politische Katholizismus 1933 eine schwere Niederlage erlitten hatte. Schon während des Zweiten Weltkrieges gab es Überlegungen von Katholiken über einen politisch-gesellschaftlichen Neuanfang nach dem Sturz des nationalsozialistischen Regimes, aus denen später die zusammen mit evangelischen Christen ausgearbeiteten Leitsätze für eine neue

---

1 Hans Maier, „Die Katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, hrsg. v. Werner Weidenfeld u. Hartmut Zimmermann, München/Wien 1989, 165-173, hier 171.

2 Auch: Deutsche Zentrums-Partei, Zentrum, bzw. DZP genannt.

3 Ute Schmidt, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 51)*, Opladen 1987, 78. Hier auch das Bachem-Zitat.

4 Stegerwald (1874-1945) war seit 1903 Generalsekretär des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften (GCG) und seit 1918 erster Vorsitzender des bereits ein Jahr später wieder zerfallenen „Deutschdemokratischen Gewerkschaftsbundes“ (DDGB).

5 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 93.

interkonfessionelle Partei - der späteren CDU bzw. CSU - hervorgingen<sup>6</sup>. Auch angesichts seiner schnellen Kapitulation vor dem Nationalsozialismus erschien das Zentrum - als Partei der Katholiken (obwohl es in ihr immer auch einen kleinen evangelischen Flügel von Föderalisten und Kulturkonservativen gegeben hat<sup>7</sup>) - vielen politisch denkenden Katholiken als überholt. Die Unionsgründung stellt sich nicht zuletzt als Konsequenz aus der Verfolgungszeit, in der Protestanten und Katholiken oftmals Gefährten im Leid gewesen waren, dar:

damals zeigte und bewährte sich in den Gefängnissen Adolf Hitlers, in den Pfarr- und Gemeindehäusern, in den Familien, in den Luftschutzkellern überraschend eine christliche Gemeinsamkeit; schon damals stellten sich viele vor, daß diese neue Gemeinsamkeit nach der Befreiung die Grundlage eines gemeinsamen politischen Handelns sein werde. (...) Die Wurzel der Union war also der Widerstand gegen Adolf Hitler.<sup>8</sup>

Im Gegensatz zur Union versuchte das 1945 wiedergegründete Zentrum an die 1933 abgebrochene Tradition einer konfessionellen Partei anzuknüpfen. In Nordrhein-Westfalen, wo die Hochburgen des politischen Katholizismus zu finden waren - rund 70 % der Zentrumsanhänger waren hier beheimatet<sup>9</sup> -, konnte sich das Zentrum in den ersten Nachkriegsjahren auf einen beträchtlichen Teil des katholischen Milieus stützen. Viele Katholiken standen aus verschiedenen Gründen der Unionsidee skeptisch gegenüber. Einige von ihnen befürchteten, daß die CDU auf einen Rechtskurs schwenken könnte, da sie auch um protestantisch-konservative Kreise - ehemalige Wähler der nationaldeutschen Parteien - warb. Dies war ein Argument, das den Vorbehalten der KAB gegenüber dem Programm Stegerwalds ähnelte. Es gab auch Stimmen, die eher eine Anlehnung an die Struktur der britischen Labour Party erhofften. Trotz ansehnlicher Erfolge bei den ersten Landtags- und Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und bei den Bundestagswahlen, verlor das Zentrum zunehmend an Bedeutung und glitt in die Marginalität ab.

Den neuen Unionsparteien, die im Gegensatz zum Zentrum von der katholischen Kirche unterstützt wurden, kamen die Veränderungen der sozialstrukturellen und konfessionellen Ausgangs- und Rahmenbedingungen zugute: Das Verhältnis von Protestanten zu Katholiken in der Bundesrepublik betrug 1950 51,2 zu 45,2 %<sup>10</sup>. Damit hatten die Katholiken, die 1933 im Deutschen Reich nur ein Drittel der Bevölkerung ausmachten, auch numerisch das „Getto“ verlassen.

---

6 Karl-Egon Lönne, „Katholizismus 1945: Zwischen gequälter Selbstbehauptung gegenüber dem Nationalsozialismus und Öffnung zur pluralistischen Gesellschaft“, in: *Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995, 745-769, hier 761f.

7 Walter Dirks, "Die christliche Demokratie in der deutschen Bundesrepublik", *Frankfurter Hefte* 8. Jg., Heft 9 (1953), 671-680, hier: 107.

8 Dirks, "Die christliche Demokratie ..." (Anm. 7), 103f.

9 Daher hofften die Kölner, daß das Ringen auch im übrigen Deutschland für die neue Partei entschieden wäre, wenn an Rhein und Ruhr der Durchbruch gelänge. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 199.

10 Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland: Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte*, hg. v. Jochen Bleicken ...; Bd. 19), 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1995, 52.

Die vorliegende Arbeit versucht die Geschichte des Zentrums und der Christlich-Demokratischen Union zwischen 1945 und 1949 im Zusammenhang der Gründung Nordrhein-Westfalens, des politischen Katholizismus und der allgemeinen damaligen Situation Deutschlands zu umreißen; ein besonderes Augenmerk wird zudem auf die Bedeutung von Umschichtungen im konfessionellen Gefüge Deutschlands nach 1945 gerichtet. All dies kann an diesem Ort freilich nur ansatzweise geschehen. Der Versuch ist, einen „multikausalen“ Ansatz zu entwickeln und die Bedeutung von Religion als geschichtsbildenden Faktor in seinen allgemeinen politischen, sozialen und historischen Zusammenhängen darzustellen.

Das Thema dieser Arbeit birgt ein gewisses Risiko in sich, denn es ist so umfangreich, daß es im vorgegebenen Umfang nicht einmal in seinen Umrissen zufriedenstellend erfaßt werden kann. Zudem erfordert die Darstellung der allgemeinen Voraussetzungen - dazu gehören Themen wie Deutschland und der deutsche Katholizismus nach 1945, die Politik der Besatzungsmächte, die Neugründung der Parteien etc. - bereits so viel Aufmerksamkeit, daß für Quellenstudien nur wenig Zeit war. Deshalb basiert diese Untersuchung zum großen Teil auf „Sekundärliteratur“. Zwar wurden auch Quelleneditionen herangezogen, doch hat der Autor darauf verzichtet, aus ihnen zu zitieren, um nicht den falschen Eindruck eines ausgiebigen Studiums von Primärquellen zu vermitteln. Dennoch sind die Publikationen, die im Literaturverzeichnis aufgeführt werden, vom Autor ganz oder teilweise gesichtet worden.

Die für diese Arbeit relevante Literatur ist ebenso facettenreich wie das von ihr behandelte Thema. Das erklärt, warum der Umfang des Literaturverzeichnisses länger als üblich gehalten wurde. Einen grundlegenden Überblick über die Geschichte Deutschlands zwischen 1945 und 1969, einen ausgezeichneten Bericht über den Forschungsstand sowie eine ausführliche Bibliographie bietet der bereits in dritter Auflage vorliegende Band „Die Bundesrepublik Deutschland“ von Rudolf Morsey<sup>11</sup>. Von den weiteren vom Autor konsultierten Werken seien die für die Nachkriegsgeschichte des Zentrums grundlegenden Arbeiten Ute Schmidts<sup>12</sup> genannt. Ihr milieuorientierter Ansatz wird weiter unten umrissen. Wie Schmidt schreibt, war vor der Publikation ihrer 1987 erschienen Studie über „Zentrum oder CDU“ die „Geschichte des Zentrums nach 1945 (...) bisher weitgehend unerforscht geblieben“<sup>13</sup>. Deshalb mußte sie für ihre Arbeit auf bisher unveröffentlichtes Quellenmaterial aus Nachlässen und Privatarchive zurückgreifen; kirchliche Archive blieben ihr generell verschlossen. Dennoch gibt es keine andere Untersuchung, die so ausführlich von der Zentrumsparterie nach 1945

---

11 Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland...* (Anm. 10).

12 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3); Dies., „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands“, in: *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 38)*, hrsg. v. Richard Stöss, Band 1: *AUD bis EFP*, Opladen 1983, 490-660; Dies., „Die Deutsche Zentrumspartei“, in: *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 38)*, hrsg. v. Richard Stöss, Band 1: *AUD bis EFP*, Opladen 1983, 1192-1242.

13 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 24.

handelt. Zwei weitere umfangreiche Studien Schmidts über das „Neuzentrum“ und die CDU sind in dem von Rudolf Stöss herausgegebenen „Parteienhandbuch“ (1983)<sup>14</sup> versammelt. So nützlich dieses voluminöse Sammelwerk ist, das um die Typologisierung parteiengeschichtlicher und -soziologischer Forschung der Bundesrepublik bemüht ist, fällt die Einleitung von Stöss durch ihren - wie Rudolf Morsey schreibt - „ziemlich diffusen, marxistisch fundierten Ansatz“ auf. Obwohl Schmidt dieser Vorwurf nicht zu machen ist, läßt sie sich in ihrem Interesse deutlich von einem sozial engagierten Blick mit besonderer Sympathie für die kleineren Parteien und deutlicher Kritik an der „Verbürgerlichung“ der CDU und deren angeblicher „Bürgerblock“-Taktik leiten<sup>15</sup>.

Zur Geschichte Nordrhein-Westfalens und der Union sind inzwischen unübersehbar viele Publikationen erschienen. Eine sei hier genannt: die noch immer sehr hilfreiche aus dem Jahr 1973 stammende Arbeit Peter Hüttenbergers *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*<sup>16</sup>, die sich auch der Entwicklung des Zentrums und der CDU in Nordrhein-Westfalen widmet. Hinsichtlich der Frühgeschichte der CDU sind die bekannten Arbeiten Hans Georg Wiecks und von Leo Schwing<sup>17</sup> zu nennen, die vom Autor teilweise rezipiert wurden. Wichtig ist auch die 1981 erschienene Edition *Die Gründung der CDU*, herausgegeben von Günter Buchstab und Klaus Gotto<sup>18</sup>, in der biographisch und systematisch ausgerichtete Artikel zu finden sind. Hinsichtlich theoretischer Fragen, die die Geschichte des Katholizismus betreffen, wurde besonders auf Studien Hans Maiers<sup>19</sup> zurückgegriffen, sowie auf die aus einem Symposium - an dem viele für das vorliegende Thema maßgebliche Historiker teilgenommen haben - hervorgegangene Publikation *Kirche und Katholizismus*, die Anton Rauscher 1977 herausgegeben hat<sup>20</sup>.

In der vorliegenden Arbeit dominieren zwei Themenkomplexe: Auf der einen Seite die Analyse und Darstellung des Verhältnisses von Landes-, Kirchen- und Parteiengeschichte und zum anderen die Frage nach den Gründen für den Paradigmenwechsel im politischen

---

14 Vgl. Anm. 12.

15 Zum Beispiel: „In dem Maße, in dem sich die bürgerliche Richtung in der CDU 1947/48 wieder stabilisierte, wurde die Partei - gegen den Willen ihrer sozial-progressiven Gründer - 'die Erbin aller früheren Interessen und Parteien. Damit wurde der Reformimpuls der katholischen Erneuerung bald entscheidend gebremst'.“ Das Zitat im Zitat stammt von Walter Dirks. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 180.

16 Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Reihe C: Quellen und Forschungen. Band 1. Im Auftrage des Kultusministeriums von Nordrhein-Westfalen herausgegeben vom Bundesstaatsarchiv Düsseldorf)*, Siegburg 1973.

17 Hans Georg Wieck, *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien)*, Düsseldorf 1953; Leo Schwing, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963.

18 *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten (Geschichte und Staat, Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung; Bd. 254/255)*, hrsg. v. Günter Buchstab/Klaus Gotto, München/Wien 1981.

19 Maier, „Die katholische Kirche...“ (Anm. 1); Ders., *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, 3. Aufl., München 1973.

20 *Kirche und Katholizismus 1945-1949*, hrsg. v. Anton Rauscher (*Beiträge zur Katholizismusforschung*, Reihe B), München/Paderborn/Wien 1977.

Katholizismus nach 1945. Dabei werden ausschließlich die *katholischen* Traditionslinien verfolgt. Dafür gibt es neben rein pragmatischen Gründen auch theoretische: So wurde das Experiment der Christlichen Demokratie, das auf dem Grund des gemeinsamen Kampfes der christlichen Konfessionen im Dritten Reich erwuchs, „nur von einer - wenn auch beträchtlichen - Minderheit der evangelischen Christen in Deutschland getragen“<sup>21</sup>. Das gilt auch schon für die Wurzeln dieser Entwicklung, wie Hans Maier ausführt:

Die Vorläufer der heutigen christlich-demokratischen Parteien sind nicht aus evangelischen Kreisen, sondern aus dem politischen und sozialen Katholizismus hervorgegangen, und zwar zu einer Zeit, als die parteipolitische Aktivität der Protestanten in Europa in ganz andere Richtung ging und die evangelischen Parteien teils noch ausgesprochen konservativ waren, teils im Bereich des Religiös-Caritativen und Christlich-Sozialen - oft in bewußter Gegenstellung zur politischen Demokratie - verharren. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man sagt, daß vor 1945 Idee und Bewegung der Christlichen Demokratie zumindest in *Kontinentaleuropa* im wesentlichen auf die Gebiete katholischer Konfession beschränkt geblieben sind.<sup>22</sup>

Die vorliegende Studie gliedert sich wie folgt: Nach einer methodischen Reflexion wird die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens nachgezeichnet; dabei wird auch auf die Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland eingegangen und auf die Vorgeschichte der Provinzen. Anschließend wird der Situation des Katholizismus nach Kriegsende angesichts der Niederlage Deutschlands und den Erfahrungen des Nationalsozialismus nachgegangen. Nach einem Kapitel über die allgemeinen Ausgangsbedingungen politischer Parteien nach 1945, besonders der Frage der Lizenzierung durch die Alliierten, wird zuerst die Gründung der Union, anschließend die Wiedergründung des Zentrums in Nordrhein-Westfalen beschrieben. Dabei wird das Augenmerk in erster Linie auf die organisatorische Konsolidierung der Parteien gelegt. Das sich daran anschließende Kapitel stellt die Frage nach den konfessionellen Gründen, die für den Aufstieg der Union und für den Niedergang des Zentrums eine Rolle gespielt haben. Alle Ergebnisse werden schließlich zusammengefaßt. Ein Anhang und das Literaturverzeichnis beschließen die Arbeit.

## 1.2. Methodische Vorüberlegungen

Aus dem Blickwinkel dieser Arbeit, die Religion (Konfession) im Zusammenhang von Landes- und Parteiengeschichte in Hinsicht auf ihre geschichtsbildende Bedeutung untersucht, ergeben sich einige Probleme, die im Folgenden angerissen werden sollen.

Wolfgang Schieder hat wiederholt auf das problematische Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaft und Religion hingewiesen<sup>23</sup>. So fristet die Untersuchung der Religion

---

21 Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 35f.

22 Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 17f.

23 Vgl. besonders Wolfgang Schieder, „Religion in der Sozialgeschichte“, in: *Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven im internationalen Zusammenhang*, hrsg. v. Wolfgang Schieder u. Volker Sellin, Bd. 1, Göttingen 1986; Ders., „Religionsgeschichte als Sozialgeschichte. Einleitende Bemerkungen zur Forschungsproblematik“, *Geschichte und Gesellschaft*, 3. Jg. (1977), H. 3. S. 291-298.



in der Sozialgeschichte in der Tat eine Nischenexistenz<sup>24</sup>. Das scheint auf den ersten Blick noch nicht einmal unberechtigt, denn schließlich ist die Religion „im Zuge des neuzeitlichen Säkularisierungsprozesses [zwar] keineswegs verschwunden, aber religiöse Faktoren spielen in der europäischen Geschichte seit dem 18. Jahrhundert offenbar eine geringere Rolle als zuvor.“<sup>25</sup> So fragte Gerhard Schmidtchen 1973 in Hinsicht auf die bundesrepublikanische Gesellschaft: Gibt es heute überhaupt noch so etwas wie eine konfessionelle Kultur? Sind die Kirchen überhaupt noch gesellschaftliche Gestaltungsmächte?<sup>26</sup>

Angeichts von Säkularisierung und Säkularismus darf man freilich nicht vergessen, daß mit ihr auch eine Verbreitung populär-religiöser Ersatzreligionen einhergeht<sup>27</sup>. Der Theologe Johann Baptist Metz spricht in diesem Kontext pointiert von einem „Zeitalter der Religion ohne Gott“ und einer Epoche „religionsfreundlicher Gottlosigkeit“<sup>28</sup>. Viele Gläubige kritisierten die ihrer Ansicht nach große Kluft zwischen Kirche und Kirchenvolk - zwischen „Virtuosenreligiosität“ und „Massenreligiosität“ (Max Weber)<sup>29</sup> -, die nicht zur Abkehr von jeglicher Religiosität führt, sondern kompensativ zu einer Hinwendung zu alternativen religiösen Praktiken. Diese „Formen nichtinstitutionalisierter Religiosität“ sind laut Karl Forster „das Ergebnis der durch den neuzeitlichen Säkularisierungsprozeß herbeigeführten religiösen Desozialisation und der am Ende der Säkularisierung neu aufbrechenden religiösen Fragen“<sup>30</sup>. Die Sozialgeschichte hat sich diesen Phänomenen außerhalb der etablierten Kirchen bisher wenig gewidmet, was laut Schieder zur Folge hat, „daß das wissenschaftliche Verständnis von ‘Religion’ heute sehr viel stärker von [anderen] Wissenschaften als von der Geschichtswissenschaft bestimmt wird“<sup>31</sup>. Schieder hingegen fordert nachdrücklich, daß die

---

24 So auch Anselm Doering-Manteuffel in seiner Bestandsaufnahme der zeitgeschichtlichen Forschung aus dem Jahre 1993: „Noch weitgehend unbelichtet blieb (...) der konfessionelle Aspekt der gesellschaftlichen Veränderungen in den fünfziger und sechziger Jahren. (...) Daß die Kirchen nicht nur um ihrer selbst willen da sind und kirchliche Zeitgeschichte nicht nur die Amtskirche zu bedenken hat, sondern daß überhaupt erst das spannungsreiche Wirken von Konfessionalität innerhalb der Gesellschaft - selbst in einer stark entkonfessionalisierten Gesellschaft! - einen Gutteil der Bedeutung der Kirchen ausmacht, wird besonders auf der evangelischen Seite nur unzureichend bedacht.“ Anselm Doering-Manteuffel, „Entwicklungslinien und Fragehorizonte in der Erforschung der Nachkriegsgeschichte“, in: *Adenauerzeit. Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945-1967) (Rhöndorfer Gespräche, Band 13)*, hrsg. v. Anselm Doering-Manteuffel, Bonn 1993, 6-30, hier 22f.

25 Schieder, „Religion ...“ (Anm. 23), 10.

26 Gerhard Schmidtchen, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern/München, 2. Aufl., 1979, 251.

27 Vgl. dazu *Säkularisierung*, hrsg. v. Heinz-Horst Schrey (*Wege der Forschung*, Bd. CDXXIV), Darmstadt 1981. Hans-Horst Schrey definiert Säkularismus als die „Leugnung des Zusammenhangs aller Dinge mit dem göttlichen Urgrund und des Christentums als geoffenbarte Religion“. Ders., „Einführung“, ebd. 1-48, hier 4.

28 Johann Baptist Metz/Tiemo Rainer Peters, *Gottespassion. Zur Ordensexistenz heute*, Freiburg/Basel/Wien 1991, 22.

29 Max Weber, *Wirtschaftsgeschichte*, München/Leipzig 1923, 310.

30 Karl Forster, „Der deutsche Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, hrsg. v. Anton Rauscher, Band 1, München/Wien 1981, 209-264, hier: 254.

31 Gemeint sind u.a. Kirchengeschichte, Volkskunde, vergleichende Religionswissenschaft und politische Geschichtsschreibung. Schieder kritisiert an ihnen, daß sie jeweils nur ausgewählte Aspekte des Phänomens betrachten - zum Beispiel nur die institutionell gebundene Religion der christlichen Kirchen,

Sozialgeschichte die Religion in ihrer ganzen gesellschaftlichen Bandbreite betrachten soll, also auch außerkirchliche und sogar außerchristliche Bereiche, allerdings nicht in jener Ausschließlichkeit, die zum Beispiel in der Volkskunde zu finden ist. Der Sozialhistoriker soll sein Instrumentarium auf die „Religion als Kirche und auf die Religion außerhalb der Kirche“ richten und die Religion in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft und nicht primär zum Staat betrachten. Nach Ansicht Schieders seien religiöse Phänomene außerhalb gesellschaftlicher Kontexte nicht zu begreifen. Er fordert deshalb nachdrücklich, daß die Geschichtswissenschaft Religion im Kontext anderer gesellschaftlicher Wirklichkeitsbereiche fakultätsübergreifend analysiert. Dazu gehört freilich auch der Bereich der Politik. Auch Parteien können Teil der religiösen Sphäre sein, und könne sie beeinflussen oder von ihre beeinflußt werden. Konfessionelle Parteien wie das Zentrum sind das beste Beispiel dafür. Durch ihre Einwurzelung in traditionelle Milieus gewinnen sie an Stabilität, können aber auch in die Krise geraten, wenn sich die Milieus auflösen. Dieses Schicksal traf das Nachkriegszentrum, das in Anknüpfung an die „weltanschauliche“ Richtung des politischen Katholizismus den sozio-kulturellen Wandel nach 1945 verkannte und den Wettstreit mit der interkonfessionellen Union, die sich stärker politisch definierte, verlor. Vor diesem Hintergrund - der Verzahnung von konfessionellen, (bevölkerungs-)politischen und allgemein geschichtlichen Phänomenen - möchte sich der Autor Schieders Plädoyer für ein historiographisches Interesse an der Bedeutung „religiöser Kultur“ mit Nachdruck anschließen:

Eine Sozialgeschichte, die nicht nur als Aspektwissenschaft anerkannt werden will, sondern den Anspruch auf eine gesellschaftsgeschichtliche Gesamtinterpretation stellt, muß die religiöse Kultur auch in der neusten Geschichte als Faktor menschlicher Daseinsorientierung ernstnehmen. Auch die modernen säkularisierten Gesellschaften sind nicht religionslos; die Religion hat in ihnen nur einen anderen Stellenwert und eine differenziertere Erscheinungsform als in früheren Zeiten. Ohne das Verständnis des religiösen Wandels in der modernen Gesellschaft ist jedenfalls eine verlässliche Sozialgeschichte nicht möglich.<sup>32</sup>

### *1.3. Begriff des Katholizismus*

Geklärt werden muß, was im Rahmen dieser Arbeit unter „(politischem) Katholizismus“ verstanden wird. Für den Begriff bieten sich konkurrierende Definitionen an. Karl Forster versteht darunter die „organisierte Form der gesellschaftlichen Präsenz und Wirksamkeit der deutschen Katholiken“.<sup>33</sup> Damit wird allerdings der Schwerpunkt auf die Institutionen gelegt. Umfassender ist der Ansatz Ute Schmidts, der auch diese Arbeit verbunden ist. Er versteht Katholizismus als eine „historische Kategorie“, die „eine - in den Kontext

---

oder daß sie Religion nur in phänomenologischer Hinsicht studieren etc. Schieder, „Religion...“ (Anm. 23), 10.

32 Schieder, „Religion...“ (Anm. 23), 25.

33 Forster, „Der deutsche Katholizismus ...“ (Anm. 30), 213.

gesamtgesellschaftlicher Entwicklung seit der Französischen Revolution eingebundene - politische und soziale Bewegung [bezeichnet], mit der die Kirche auf die gravierende Machteinbuße durch Reformation und Aufklärung, auf Revolution und Säkularisation reagierte.“<sup>34</sup> Hilfreich erscheint auch die von Hans Maier übernommene begriffliche Trennung zwischen „politischem Katholizismus“, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, die kirchlich-katholischen Interessen und Institutionen zu sichern, und „katholischer Politik“, die nach Maßgabe katholischer Ordnungsvorstellungen auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens Einfluß zu nehmen suche<sup>35</sup>. Diese beiden Linien sind freilich in der Praxis nicht immer klar voneinander zu trennen. Schmidt ist der Ansicht, daß sich die Geschichte des Katholizismus als ein Versuch der katholischen Kirche verstehen läßt, mit verschiedenen Strategien und Strukturmustern ihre Identität in der modernen Gesellschaft zu bewahren. Zu diesen gehörten die offene Zentralisierung und Bürokratisierung der Kirchenorganisation; die Sakralisierung mit dem Papst als Stellvertreter Christi an der Spitze; und die Abschottung der kirchlichen Klientel gegen alternative Sinnangebote. Für Schmidt stellt auch die Unionsgründung einen Versuch da, durch einen harten Organisationsbruch - die Entziehung der kirchlichen Unterstützung für das Zentrum - auf die durch den sozialen und politischen Wandel entstandenen historischen Konfliktlagen zu reagieren (20). Der Versuch war bisher erfolgreich, wie der steile Aufstieg der Union belegt. Angesichts des tiefgreifenden Wandlungsprozesses des katholischen Milieus, der durch „eine fortschreitende soziale Differenzierung, das Vordringen ökonomischer Interessen in der Politik, eine zunehmende soziale und geographische Mobilität sowie durch die Dysfunktionalität der Kommunikationsbarrieren des katholischen ‘Milieus’ für eine gesamtgesellschaftliche Integration“ bedingt ist, stellt sich jedoch für Schmidt die Frage, ob der Katholizismus eine Zukunft hat (19).

Schmidts Untersuchung liegt die Annahme zugrunde, daß der „politische Katholizismus ein in seiner inneren Struktur flexibles *mixtum compositum* verschiedener gesellschaftspolitischer Elemente gewesen ist, ein Bündnis heterogener Klassenkräfte, das unter der Hegemonie der ultramontanen Kirchenpolitik primär den Freiheitsbegriff und den Öffentlichkeitsanspruch der katholischen Kirche transportierte.“ (20) Dieser von Schmidt entwickelte milieuorientierte Ansatz<sup>36</sup> kommt den oben dargelegten Forderungen Schieders sehr nahe. Er erlaubt zudem eine Verknüpfung theoriegeschichtlicher und empirischer Befunde. Probleme ergeben sich dort, wo man die Frage nach dem Wesen des Katholizismus oder des Katholischen selbst

---

34 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 17. Seitenzahlen in Klammer in diesem Kapitel beziehen sich auf diesen Text.

35 Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 27f.

36 Wilfried Loth definiert im Sinne Schmidts den politischen Katholizismus als „eine Koalition von im Wandel befindlicher Sozialmilieus, die sich aufgrund gemeinsamer Werte und/oder Interessen gegen den auf den staatlichen Bereich übergreifenden Säkularisierungsprozeß mobilisieren ließ; die Zentrumsparterie wäre die politische Organisationsform dieser katholischen Bewegung“. Ders., *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 75)*, Düsseldorf 1984, 35f. Zitiert bei Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 21f.

stellt. Tatsächlich geht Schmidt dieser Frage kaum nach. In der Darlegung der Dialektik zwischen Traditionalismus und Opportunismus legt sie das Schwergewicht auf die Herausarbeitung der grundsätzlichen Kontinuitäten des Katholizismus bei gleichzeitiger organisatorischer Umgestaltung. Die darin zweifellos enthaltene problematische theologische Komponente müßte wohl genauer herausgearbeitet werden, als dies Schmidt getan hat. Doch handelt es sich letztlich nur um eine Frage von Graden. Zudem überwiegen die Vorteile die Nachteile: Schmidts Ansatz, dem sich der Autor anschließen möchte, erlaubt die Herausarbeitung geschichtlicher Wirkungslinien des Katholizismus durch Zäsuren geschichtlicher Umbrüche (hier besonders die Nachkriegszeit 1945-1949) hindurch.

## 2. GRÜNDUNGSGESCHICHTE NORDRHEIN-WESTFALENS

Ute Schmidt hat in ihren einschlägigen Arbeiten zur Geschichte von CDU und Zentrum und des Katholizismus dargelegt, daß die Erfolge der Union zu einem wichtigen Teil darauf beruhten, daß es dem katholischen Bürgertum gelang, innerhalb der Milieukoalition, die den spezifischen Katholizismus in Deutschland trug, „seine schichtspezifischen Interessen“ langfristig durchzusetzen. Die Führungsrolle des katholischen Bürgertums war, so die These Schmidts, „eine in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzende Voraussetzung dafür, daß sich eine um den politischen Katholizismus gruppierende interkonfessionelle bürgerliche Sammlungspartei nach Hitler überhaupt durchsetzen konnte“<sup>37</sup>.

Die soziale Basis des katholischen Bürgertums war in Rheinland-Westfalen zu finden. Es scheint daher sinnvoll, die *Entwicklung des historischen Umfelds* - auch dort, wo es auf den ersten Blick für den Katholizismus nur von mittelbarer Bedeutung zu sein scheint - zu untersuchen. Allerdings wird hier auf eine detaillierte Schilderung des chronologischen Ablaufs, der zur Bildung des bevölkerungsreichsten deutschen Landes führte, verzichtet, um den Blick auf die anderen Themen nicht zu verstellen.

---

37 Schmidt, *CDU oder Zentrum ...*(Anm. 3), 22.

### 2.1. *Rheinland und Westfalen vor 1945*<sup>38</sup>

Nach dem Ende des Wiener Kongresses 1815 wurden die preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen geschaffen. Wegen ihrer überwiegend katholischen Einwohnerschaft kam es wiederholt zu Meinungsverschiedenheiten mit den protestantisch geprägten Behörden in Berlin - eine Tatsache, die dazu beitrug, daß in diesem Gebiet bei der Bevölkerung ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen konnte. Doch besonders die rapide Industrialisierung war wesentlich dafür verantwortlich, daß diese Gebiete in vielen Bereichen des politischen und wirtschaftlichen Lebens zusammenwuchsen. Dennoch gelang bis zum Ersten Weltkrieg keine staatlich-administrative Zusammenfassung. Nach 1918 waren besonders Zentrum und SPD Verfechter des Plans, Preußen im Reich aufzugehen lassen. Aber auch die damals angestrebte Neugliederung Westdeutschlands, die eine Dreiteilung in Rheinland, Westfalen und Hessen vorsah, oder gleichzeitig hervorgebrachte Pläne einer „Rheinisch-Westfälischen-Republik“ als Gliedstaat im Reich, scheiterten am ungebrochenen Einfluß Preußens. Allerdings verabschiedete im Mai 1920 der preußische Landtag ein Gesetz zur Schaffung eines Siedlungsverbandes Ruhrkohlebezirk, der die beiden Provinzen auf der Ebene der Kommunalverwaltung enger zusammenführte. Doch auch in den folgenden Jahren konnte das Vorhaben einer umfassenden Reichsreform nicht verwirklicht werden. Der alte Dualismus zwischen Reich und Preußen, der einer Zentralisierung Deutschlands im Wege stand, war auch 1945 noch virulent. Preußen war noch weitgehend intakt, und erst durch die Auflösung 1947 hörte es auf zu existieren<sup>39</sup>. Die Neugestaltung der Verwaltungseinheiten Deutschlands wurde damit auch zu einem vorrangigen Problem der alliierten Militärbehörden in Deutschland.

### 2.2. *Die Gründung Nordrhein-Westfalens*

Die Alliierten hatten während des Krieges eine Zerstückelung Deutschlands ins Auge gefaßt. So plante Franklin Delano Roosevelt anfangs, Deutschland in fünf Staaten aufzuteilen und zwei gesonderte Gebiete - das Ruhrgebiet und die Saar - unter internationale Kontrolle zu stellen. Sein Finanzminister Henry Morgenthau jr. forderte sogar die Abtretung der Gebiete zwischen Mosel und Saar und eines großen Teils der Pfalz, sowie die Schaffung eines internationalisierten Gebietes an der Ruhr einschließlich der angrenzenden Gegenden im Rheinland und in der Provinz Hannover; die Industrie in diesen Gebieten sollte demontiert

---

38 Vgl. zum Folgenden *Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, vierte Reihe: Deutschland seit 1945. Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Band 5)*, eingeleitet und bearbeitet von Wolfgang Hölscher, hrsg. in Verbindung mit Walter Först, Düsseldorf 1988, 14-16.

39 Vgl. Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 201.

werden („Morgenthau-Plan“<sup>40</sup>). Auf der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) beschlossen die „Großen Drei“ die Zerstückelung Deutschlands und die vorübergehende Einteilung in Besatzungszonen. Doch die konkrete Deutschland-Planung der Alliierten folgte den Veränderungen in der weltpolitischen Lagebeurteilung<sup>41</sup>. Die Sowjetunion ließ schon im März 1945 verlauten, daß sie die Zerstückelung Deutschlands nicht als feststehenden Plan, sondern nur als Möglichkeit, Druck auf die Deutschen auszuüben, ansehe. Der Keim für die spätere Entwicklung und das Zerwürfnis mit der Sowjetunion wurde „ohne Zweifel“ (Rolf Steininger<sup>42</sup>) auf der Konferenz von Potsdam (17. Juli - 2. August 1945)<sup>43</sup> gepflanzt. Roosevelt ging in eine Phase der weltpolitischen Konfrontation mit der Sowjetunion über. In der Folgezeit wurden alle Zerstückelungspläne zu den Akten gelegt. Die Sieger hatten sich endgültig für die Einheit Deutschlands ausgesprochen; Deutschland sollte als wirtschaftliche Einheit behandelt werden, obwohl vorerst keine deutsche Zentralregierung eingerichtet werden sollte. Dennoch blieb lange Zeit nicht klar, ob die Alliierten eine „gesamtdeutsche“ oder eine auf die eigene Zone gerichtete Deutschlandpolitik betreiben würden.

Am Rhein-Ruhrgebiet hatten die Alliierten schon vor Kriegsende ein vitales Interesse gezeigt. So meldeten die USA und Großbritannien bereits bei den Verhandlungen der europäischen beratenden Kommission (Januar 1944 bis Juni 1945) in London ihre diesbezüglichen Interessen an. Wenige Monate später gestand US-Präsident Roosevelt dem britischen Premierminister Nordwest-Deutschland als Besatzungsgebiet zu, wodurch die Frage einer Umgestaltung des Rhein-Ruhr-Gebiets zu einer überwiegend britischen Angelegenheit wurde. Bei den Erwägungen der Alliierten hinsichtlich der Neugestaltung Deutschlands standen neben dem Schicksal Preußens - dem eine große Mitschuld an der deutschen Misere gegeben wurde - zwei Fragenkomplexe im Vordergrund: (a) Auf welche Weise ist das nordwestdeutsche Industriepotential für den Wiederaufbau Europas nutzbar zu machen? Und: (b) Wie kann es wirksam kontrolliert werden?<sup>44</sup> Besonders die Franzosen forderten noch lange „Sicherheit vor Deutschland“, als es bei den Briten bereits „Sicherheit vor Rußland“ hieß. Auf jeden Fall nahm bei den Planungen das Ruhrgebiet eine prominente Rolle ein, denn „das Ruhrgebiet war die ‘Waffenschmiede des Reiches’ gewesen und war damit für die

---

40 Zum problematischen Bild Morgenthaus, der in den deutschen Geschichtsbüchern immer noch als eine Art „jüdischer Racheengel“ dargestellt wird, woran die Propaganda Joseph Goebbels keinen geringen Anteil hat, vgl. neuerdings: Bernd Greiner, „Die Morgenthau-Legende“, *Die Zeit*, 14. Oktober 1994, ein Auszug aus Greiners im Mai 1995 in der Hamburger Edition erscheinendes Buch *Henry Morgenthau. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans*.

41 Vgl. Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945-1986. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, (Urban Taschenbücher; Band 360)*, 7. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 1989, 13.

42 Rolf Steininger, *Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens (Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Band 6; hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen)*, Köln/Stuttgart/Berlin 1990, 66.

43 Zum Potsdamer Abkommen vgl. Wolfgang Benz, *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. v. Martin Broszat ...)*, 2. Aufl., München 1992. Der Text des Abkommens ist auf den Seiten 207-225 abgedruckt.

44 Vgl. Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16).

Alliierten im Hinblick auf Deutschland von Anfang an das Sicherheitsproblem Nr. 1; aber es war auch das industrielle Herz Europas, ohne das es einen schnellen Wiederaufbau nicht geben würde“.<sup>45</sup>

Aus diesen Gründen wurde bereits 1943 von britischer Seite die Idee einer Internationalisierung des Ruhrgebietes in die Debatte geworfen. Diese Vorstellung wurde in den folgenden Jahren von verschiedener Seite und in verschiedensten Ausführungen immer wieder vorgebracht. Letztlich wurde sie, besonders um den Russen eine Zugriffsmöglichkeit auf Westeuropa vorzuenthalten, zu den Akten gelegt.

Stalin selbst hatte den Plan einer Internationalisierung der Ruhr befürwortet; erstmals trug er den Gedanken, das Ruhrgebiet aus der Zonenaufteilung herauszunehmen und einer internationalen Kontrolle zu unterstellen, in Potsdam vor<sup>46</sup>. Zugleich forderte er im Herbst 1944 die Konstituierung eines Rheinlandstaates. Er war sich darin mit Frankreich einig, das seit Januar/Februar 1944 die Loslösung der Gebiete auf der linken Rheinuferseite und eine internationale Kontrolle der nordwestdeutschen Industrie gefordert hatte. Der französische Außenminister Bidault schlug im Mai 1945 vor, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und zwei neue Territorien zu bilden, die unter internationaler Kontrolle stehen sollten. Frankreich sollte die Kontrolle über das linke Rheinufer und einige rechtsrheinische Brückenköpfe erhalten. Dem widersprach die amerikanische Diplomatie aus folgenden Gründen: Die französischen Pläne könnten dem deutschen Nationalismus Auftrieb geben; zudem habe kein Anrainer - auch Frankreich nicht - die Kraft zur Integration des Rheinlandes; Frankreich würde durch die Angliederung des deutschen Gebiets überdies zu stark; gleichzeitig wäre keine größere Sicherheit für die Nachbarn zu erwarten; Deutschland sei nach dem Verlust eines Teils seiner Ostgebiete schon jetzt zu dicht besiedelt und könne nicht noch mehr Gebietsverluste verkraften. Zwei Gründe aber scheinen entscheidend gewesen zu sein: Erstens, daß der Einfluß der Sowjetunion zu groß werden könnte und zweitens, daß die deutsche Kohle für die Stabilität und den Wiederaufbau Europas von großer Bedeutung sei<sup>47</sup>. Frankreich mußte unter dem Druck der ablehnenden Haltung der USA „auf eine politische Rückzugslinie ausweichen“<sup>48</sup> und schließlich das Konzept der Bildung eines „Weststaats“ akzeptieren.

Der Plan des britischen Außenministers Bevin, mit dem Großbritannien den französischen Plänen entgegentrat, sah hingegen vor, das Ruhrgebiet unter internationale Kontrolle zu stellen - es allerdings nicht von Deutschland abzutrennen - und innerhalb des britischen Corpsdistrikts drei Länder zu bilden: Einen Nordstaat, der Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck umfassen sollte; einen Oststaat mit einem Anteil Westfalens; und ein Weststaat mit

---

45 Steininger, *Ein neues Land ...* (Anm. 42), 261.

46 „Bis zur ergebnislos abgebrochenen Außenministerkonferenz im Dezember 1947 in London blieb die Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes eine - erfolglose - Standardforderung der Sowjets auf jeder Außenministerkonferenz.“ Steininger, *Ein neues Land ...* (Anm. 42), 69.

47 Vgl. Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 198.

48 Hillgruber, *Deutsche Geschichte* (Anm. 41), 21.

Nordrheinland und dem Hauptteil Westfalens. Letzteres Territorium, „Ruhrstaat“ genannt, hätte in etwa das Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens umfaßt. Bevin sah vor, die Grundstoffindustrie in diesen Gebieten zu sozialisieren und sie unter die Kontrolle „interessierter Nachbarn“ zu stellen<sup>49</sup>. Insgesamt jedoch war die Zielsetzung Großbritanniens zwiespältig<sup>50</sup>. Erst durch die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalens Mitte 1946 wurden eindeutige Tatsachen geschaffen.

Der Anteil, den die Deutschen bei der Entstehung des neuen Landes spielten, ist schwer einzuschätzen. Denn freilich waren „die deutschen Handlungsträger, Politiker und Verwaltungsbeamten, (...) unter den spezifischen Bedingungen des besiegten und besetzten Nachkriegsdeutschland nicht in der Lage, mit ihren Bemühungen und Initiativen den von internationalen und besatzungspolitischen Geschehnissen diktierten Rahmen zu sprengen“.<sup>51</sup> Es läßt sich jedoch auf der Grundlage der Quellen sagen, daß das Interesse der Verwaltungsbeamten, die unmittelbar die territorialen Änderungen zu spüren bekamen, naturgemäß größer war als das der deutschen Politiker<sup>52</sup>. Gewiß waren zudem die französischen Pläne für die Deutschen ein Ansporn, die Initiative zu ergreifen und Einfluß auf die britischen Entscheidungen zu nehmen.

Deutscherseits kamen die wesentlichen Anstöße von der nordrheinischen Provinzialregierung, besonders von Robert Lehr (1883-1956)<sup>53</sup>, der seit Oktober 1945 Oberpräsident der Nordrheinprovinz war<sup>54</sup>. Seine Vorschläge lehnten sich an den Bevin-Plan an. Lehr wollte besonders verhindern, daß ein ausschließlich von der Industrie geprägtes „Rheinland“ entstehen würde. Stattdessen sollte der landwirtschaftliche Teil Westfalens einen unentbehrlichen Ausgleich bieten und das rheinisch-westfälische Gebiet wesentlich krisenfester machen<sup>55</sup>. Größere Proteste gegen die Bildung gab es besonders von Seiten Westfalens, daß Angst um seine historisch gewachsene Identität hatte. So wies Rudolf Amelunxen (in jener Zeit noch Oberpräsident der Provinz Westfalen, später erster Ministerpräsident des neuen Landes<sup>56</sup>, der von der britischen Militärregierung mit der

---

49 Vgl. Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 200.

50 Hillgruber, *Deutsche Geschichte* (Anm. 41), 21.

51 *Nordrhein-Westfalen...* (Anm. 38), 80.

52 Wolfgang Hölscher weist darauf hin, daß „seit Mitte der fünfziger Jahre (...) in der Forschung wiederholt konstatiert worden [ist], daß die Entscheidung der britischen Regierung zur Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Ideen und Wünschen eines nicht beträchtlichen Teils der deutschen Akteure übereinstimmte.“ *Nordrhein-Westfalen...* (Anm. 38), 11.

53 Zu Robert Lehr vgl. Brigitte Kaff, „Robert Lehr“, in: *Die Gründung der Union ...* (Anm. 18), 191-207.

54 Die Nordrheinprovinz wurde am 20.6.1945 aus den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Düsseldorf gebildet. Der südliche Teil stand fortan unter französischer Besatzungsgewalt.

55 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 206.

56 Zu dieser paradoxen Einsetzung kam es in erster Linie, weil Amelunxen in den Augen der britischen Besatzer verschiedene günstige Eigenschaften auf sich vereinigte: Er war katholisch, ein fähiger Verwaltungsmann, eine starke Persönlichkeit und er gehörte keiner Partei an. Vgl. Steininger, *Ein neues Land...* (Anm. 42), 264. Rudolf Amelunxen (1888-1969) war von 1927 bis zu seiner Entlassung durch den „Reichskommissar von Preußen“, Franz von Papen, im Jahr 1932, Regierungspräsident in Münster, 1945 wurde er Oberpräsident von Westfalen; Amelunxen war parteilos und erst seit 1947 wieder Mitglied des Zentrums.



Regierungsbildung beauftragt wurde) die Idee eines Landes Nordrhein-Westfalen entschieden zurück<sup>57</sup>. Bis zuletzt hoffte man in diesem Lager, daß die Landesgründung abgewiesen werden könnte. Nicht bezweifelt wurde jedoch selbst von den Kritikern, daß Rheinland und Westfalen eine natürliche Einheit bilden<sup>58</sup>.

Da bis Mitte 1946 in dieser Frage die Haltung der britischen Regierung in dieser Frage ungeklärt war, konnten Karl Zuhorn, der Oberstadtdirektor von Münster, im Mai 1946 den Briten den „Entwurf eines Rahmengesetzes über die Vereinigung von Nordrhein und Westfalen zu einem Rheinland-Westfalen innerhalb Deutschlands“ unterbreiten<sup>59</sup>. Dies war gewissermaßen ein Vorläufer der späteren Landesverfassung. Zuhorn wollte mit seinem Entwurf dazu beitragen, das linke Rheinufer und das Rheinland fest an Deutschland zu binden und die Identität der beiden ehemaligen Provinzen zu erhalten. Schon einen Monat vorher jedoch hatte Lehr auf einer Sitzung des Stuttgarter Ländertages ausgeführt, man müsse in der britischen Zone zu einer ähnlichen Lösung wie in der amerikanischen kommen, wo kurz zuvor drei Länder gegründet worden waren. Auf einer Tagung des Zonenbeirates am 29. Mai 1946 in Hamburg konnte Lehr seine Vorstellungen dem Luftmarschall und gerade ernannten Militärgouverneur und Oberbefehlshaber in Deutschland Sir Sholto Douglas unterbreiten, und es ist wahrscheinlich, daß diese ausgearbeiteten Vorschläge auf die britischen Entscheidungen einen gewissen Einfluß hatten.

Allerdings mußten die Briten zu diesem Zeitpunkt noch Rücksicht auf die französischen und sowjetischen Vorstellungen nehmen. Erst als sich der sowjetische Außenminister Molotow während der am 16. Juni 1946 begonnen Pariser Außenministerkonferenz dagegen wehrte, die Zonengrenze fallen zu lassen und den Austausch überschüssiger Waren zu gestatten - was ein Verstoß gegen die auf Potsdam festgelegten Linien einer einheitlichen wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands war -, kam es zum Eklat, durch den der Weg frei wurde zu einer eigenständigen Politik der Briten. Die Entscheidung zur Zusammenschließung Nordrhein und Westfalens fiel noch während der Konferenz, nämlich am 28. Juni 1946<sup>60</sup>. Allerdings wurde der Beschluß erst nach der Konferenz, auf einer Pressekonferenz am 17. Juli 1946 veröffentlicht. Am 23. August 1946 wurden die Provinzen aufgelöst und als selbständige Länder umgebildet (Verordnung Nr. 46 der Militärregierung)<sup>61</sup>.

---

57 „Angesichts der Bedrohung des Rhein-Ruhr-Gebiets [durch die französischen Pläne] argumentierte [der SPD-Generalreferent für Inneres der westfälischen Provinzialregierung, Walter] Menzel sogar, ein Land Rheinland-Westfalen würde 'das Ruhrgebiet in seiner Besonderheit hervorheben und damit die Absicht fördern, es von Deutschland nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zu trennen'“ *Nordrhein-Westfalen...* (Anm. 38), 48.

58 Dies wurde bereits 1933 in einem Buch des später zu SPD übergetretenen Kölner Wirtschaftshistorikers Bruno Kuske dargelegt.

59 Vgl. dazu und zum Folgenden Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 196-220; *Nordrhein-Westfalen...* (Anm. 38), 9-89.

60 Zur Gestalt des neuen Landes vgl. im Anhang, Kap. 7.1: „Karte Nordrhein-Westfalens“.

61 Diese zeitliche Reihenfolge führte zu der widersprüchlichen Situation, daß die Territorien einerseits selbständige Länder waren, andererseits noch zu Preußen gehörten. Preußen wurde erst einige Monate später (am 25. Februar 1947) aufgelöst! Die Gründe der Briten für die Bildung Nordrhein-Westfalen sind vielfältig. Neben der Einbindung des wirtschaftlich überaus bedeutsamen Ruhrgebietes in ein Land, daß

Am 15. Juli 1946, vier Tage nach Ende der Konferenz ließ Douglas den Vorsitzenden der CDU in der britischen Zone, Konrad Adenauer, und Kurt Schumacher, den Vorsitzenden der SPD der Westzonen, zu sich kommen und unterrichtete sie über die bevorstehende Landesgründung. Adenauer stimmte dem Vorhaben zu, Schumacher lehnte ab.

Zwar gibt es keine eindeutigen Quellen zu etwaigen parteipolitischen Kalkulationen über eine zukünftige Wahlsymmetrie in Nordrhein-Westfalen. Allerdings stand „außer Frage“, „daß die SPD in einem solchen Land keine Mehrheit haben würde, ein Zusammenschluß für die SPD geradezu ‘tödlich’ war, wie das Schumacher - wahrscheinlich zu spät - klarmachte“<sup>62</sup>. Bis in die fünfziger Jahre hinein ging das Schlagwort von dem „Land aus der Retorte“ um, das dann zügig einer allgemeinen Akzeptanz des Landes wich. Allerdings gewann die SPD erstmals 1966 mehr Stimmen bei einer Landtagswahl als die CDU (49,5% zu 42,8%).

### 2.3. Demontage und Sozialisierung

Heftig umstritten waren in den ersten Jahren der Existenz Nordrhein-Westfalens die Frage der Demontage und der Sozialisierung. Die britischen Besatzer nahmen zu beiden Fragen eine teils widerspruchsvolle Haltung ein. So war die seit 1945 in Großbritannien regierende Labour Party grundsätzlich für die Sozialisierung, lehnte dann aber im August 1948 und November 1948 ein Gesetz zur Industrialisierung der Kohlewirtschaft ab, daß von allen großen Parteien außer der CDU, die sich enthielt, am 6. August 1948 verabschiedet worden war. Die Entscheidung darüber, befand die britische Regierung, sollte einer späteren deutschen Regierung überlassen sein. Damit war die Sozialisierungsdebatte beendet. Ein Ausgang, der besonders im Interesse der Amerikaner war, die entschiedene Gegner der Sozialisierung waren.

Die Demontage-Frage erhitze die Gemüter nicht weniger als die Sozialisierungsfrage. Auch in dieser Frage änderte sich die Deutschlandpolitik der Westalliierten seit 1946 rasch. Im Zeichen des „Kalten Krieges“ wurden bereits Anfang 1946 alle Reparationslieferungen aus der amerikanischen Zone an die Sowjets gestoppt. Die Briten veröffentlichten erst am 16. Oktober 1947 eine endgültige Demontageliste, die 294 Betriebe aus Nordrhein-Westfalen

---

gegenüber einer möglichen neuen deutschen Zentralregierung Selbständigkeit demonstrieren können sollte, um so den Zugriff der Macht zu erschweren, neben diesem wirtschaftlichen Aspekt sollte Nordrhein-Westfalen zudem eine politische Hochburg des Konservatismus gegen die gefürchtete kommunistische Bedrohung werden.

62 Steininger, *Ein neues Land ...* (Anm. 42), 264. Schumacher nannte die Lösung „tödlich“ für die SPD (ebd. 205). Schumacher war von den Alliierten gar nicht erst gefragt worden. Dieser wünschte sich zwei getrennte Länder, um ein „Bayern innerhalb Deutschlands“ zu vermeiden, wie er am 20. Mai 1946 an einen Vertreter der Militärregierung schrieb. Er ging von der Annahme aus, daß sich die absolute Mehrheit der CDU „mit Sicherheit“ nicht auf den westfälischen Teil erstrecken würde. In einem Land, das Westfalen und das Rheinland umfassen würde, rechnete sich die SPD keine Chancen aus. Die Entscheidung der Westalliierten für Nordrhein-Westfalen war „auch eine Entscheidung im Sinne der CDU - und gegen die SPD“, wie Steininger meint (ebd. 25). Die Neugründung wirkte sich auch auf das in sozialer Hinsicht der SPD näher als der CDU stehende Zentrum aus, das dadurch politisch an den Rand gedrängt wurde.

aufführte. Die Folgen der Demontage, obwohl zuerst als verheerend angesehen (rund 130.000 Arbeitsplätze und Werte in einem Wiederbeschaffungswert von rund 2,25 Milliarden Mark gingen verloren), bestanden langfristig aber auch in einer zwangsmäßigen Erneuerung der Wirtschaft. Weitgehend gestoppt wurde die Demontage durch das Petersberger Abkommen (Ende November 1949), ein erster Erfolg der jungen Bundesrepublik mit besonderem symbolischen Wert für die Deutschen: Die deutsche Diplomatie hatte damit ihren ersten Erfolg auf der internationalen diplomatischen Bühne nach Ende des Zweiten Weltkriegs errungen.

#### 2.4. Sozialprofil Nordrhein-Westfalens

Mit Nordrhein-Westfalen war das mit Abstand menschenreichste Land unter den Ländern der späteren Bundesrepublik konstituiert worden, obgleich es der Fläche nach mit 33.957 km<sup>2</sup> hinter Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg rangiert<sup>63</sup>. In ihm lebten laut Volkszählung vom 29. Oktober 1946 rund 11.705.000 Einwohner (5,89 Millionen in Nordrhein, 5,8 Millionen in Westfalen), zu denen Anfang 1947 noch 107.000 Lipper kamen<sup>64</sup>. Das war in etwa die Hälfte der gesamten Einwohnerschaft der britischen Zone (22,3 Millionen). Verglichen mit den Vorkriegszahlen und einbezüglich eines Geburtenüberschusses von 380.000 Menschen hatte das neugeschaffene Land Kriegsverluste von mindestens 620.000 Menschen. 577.000 Einwohner waren Hinzugezogene aus Schlesien, Ostpreußen und der sowjetischen Zone. Von den 11,7 Millionen Einwohnern waren 6,5 Millionen Frauen. 6,59 Millionen Menschen waren katholisch, 4,55 Millionen evangelisch; ein Konfessionsverhältnis, das nur in Arnsberg und Detmold umgekehrt war. 1946 lebten rund 80% der Einwohner in Städten, 35,3% in Großstädten (bereits 1950 waren es 41,1%). Im Herbst 1947 arbeiteten rund 2 Millionen Beschäftigte in Industrie und Handwerk, 428.000 im Bergbau, 700.000 in der Landwirtschaft und 440.000 im öffentlichen Dienst (davon 143.000 Beamte), 2,29 Millionen Einwohner waren Rentner. Ende 1946 gab es 175.000 Arbeitslose, deren Zahl bereits ein Jahr später auf nur noch 120.000 zurückgegangen war.

---

63 Alle Angaben nach: Walter Först, *Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Düsseldorf 1986, 39f.

64 Mit der Verordnung Nr. 77 der Militärverwaltung wurde das Land Lippe am 21.1.1947 an Nordrhein-Westfalen angeschlossen.

### 3. DER DEUTSCHE KATHOLIZISMUS 1945

Das Jahr 1945 war auch für den deutschen Katholizismus keine „Stunde Null“, obwohl es einigen Zeitzeugen so vorgekommen sein mag<sup>65</sup>. Der deutsche Katholizismus stand „in mehrfacher Hinsicht im Schatten der Entscheidungen von 1933, wie immer auch diese Entscheidungen interpretiert wurden“<sup>66</sup>. Man kann den deutschen Katholizismus in seiner Entwicklung nach 1945 deshalb nur verstehen, wenn man einen Blick auf die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft wirft.

#### 3.1. Der Untergang des politischen Katholizismus

Hinsichtlich der Zeit des „Dritten Reiches“ konnte der Katholizismus auf keine „glänzende Selbstbehauptung“ zurückblicken. Seine Haltung gegenüber dem der Kirche feindlich gesonnenen Staat war eher von „gequälter Selbstbehauptung“ gekennzeichnet, wie Karl-Egon Lönne schreibt<sup>67</sup>. Der linkskatholische Publizist Walter Dirks hatte schon 1931 vor dieser Gefahr einer „inneren Faschisierung des politischen Katholizismus“ gewarnt<sup>68</sup> und bekam durch die späteren Entwicklungen in gewissem Maße Recht. Gab es noch zu Beginn der dreißiger Jahre eine geschlossene Abwehrfront des Katholizismus gegen die nationalsozialistische Ideologie und eine im großen und ganzen kompromißlose Ablehnung der *kulturpolitischen* Ziele des Nationalsozialismus seitens der katholischen Bevölkerung<sup>69</sup>, so setzte 1932 mancherorts eine massenhafte Abwanderung der Katholiken in die NSDAP ein<sup>70</sup>. Drei Entscheidungen trugen dann schließlich maßgeblich dazu bei, daß dem Selbstbehauptungswillen des politischen Katholizismus gegenüber dem NS-Staat der Boden

65 Franz Focke erinnert sich, daß in erster Linie christliche Sozialisten von dem *tabula rasa*-Syndrom befallen waren und - unter Verkennung der historischen Lage - von einem voraussetzungslosen Neubeginn ausgingen. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 160.

66 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 747.

67 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 745. Auch Morsey spricht hinsichtlich der Reaktion des Zentrums auf die Machtergreifung der Nationalsozialisten von einer „hilflosen Antwort“. Rudolf Morsey, „Der politische Katholizismus 1890-1933“, in: *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, hrsg. v. Anton Rauscher, München/Wien 1981, 110-164.

68 Walter Dirks, „Katholizismus und Nationalsozialismus“, in: *Die Arbeit*, 8.Jg. (1931), 203.

69 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 109.

70 Im Reichsdurchschnitt wählten im Juli 1932 50,5% aller Katholiken Zentrum oder BVP. In 21 westdeutschen Großstädten wählten jedoch nur 22,5% der katholischen Wähler Zentrum, 28,9% NSDAP, 37,1% hingegen SPD und KPD (ungefähre Angaben, da auch Protestanten Zentrum wählten). Seit der Juliwahl 1932 brach die NSDAP vor allem in ländliche und jugendliche Wählerschichten des Zentrums ein. Im Februar 1933 wählten laut Mitteilung des Präsidenten des Zentralkomitees der Katholiken 43% aller Katholiken Zentrum oder BVP (mehr als zwei Drittel der Bekenntnistreuen); ein Viertel waren Nichtwähler oder Anhänger von Splitterparteien, ebenfalls ein Viertel wählte SPD, je ein Sechstel KPD oder NSDAP, 7% waren Anhänger der Deutschnationalen. Vgl. Angaben bei Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 110 Anm. 4.

entzogen wurde: (a) Das Zentrum votierte gegen erbitterten Widerstand aus den eigenen Reihen für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933, dem bereits wenige Tage später eine von Kardinal Bertram als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz formulierte Erklärung folgte, in der die Verpflichtung der katholischen Staatsbürger gegenüber der nationalsozialistischen Regierung positiv akzentuiert war und somit als geistliche Legitimation des Ermächtigungsgesetzes verstanden wurde; dadurch, so Ute Schmidt, „sahen sich die meisten Katholiken zur Anerkennung der neuen Staatsautorität aufgerufen“<sup>71</sup>. Beide Aspekte waren von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des Katholizismus, auch wenn das Gesetz vielleicht nicht jener entscheidende Schritt zur nationalsozialistischen Machtbefestigung war, der ihm oft zugeschrieben wird. Die Bedeutung dieses Schrittes ist für Rudolf Morsey „ein verzweifelter nationaler Anpassungsversuch, der gescheitert ist und nur die ‘legale’ Absicherung der nationalsozialistischen Machtbefestigung erleichterte“<sup>72</sup>. Für den Neuanfang 1945 von zentraler Bedeutung wurde (b) die Selbstaflösung des Zentrums am 5. Juli 1933, die zwar wie die Auflösung der anderen Parteien eine Folge der Einparteienherrschaft der NSDAP war, doch dies mit einem wesentlichen Unterschied, wie Josef Becker feststellt:

Dem Verbot der Sozialdemokratie, deren Abgeordnete das Ermächtigungsgesetz ablehnten, und der Illegalisierung der KPD, der Reichstagsmandate annulliert und deren Parlamentarier verhaftet oder auf der Flucht waren, steht das Ende der Zentrumspartei gegenüber, die ihren Handlungsspielraum freiwillig aufgab. Und zweifellos hat weder dieser Beschluß noch die Haltung des Vatikans dazu beigetragen, die Widerstandsbereitschaft von Bischöfen und treu katholischem Kirchenvolk zu stärken.<sup>73</sup>

Nach Rudolf Morsey führte die Selbstaflösung der Zentrumspartei den Untergang des politischen Katholizismus herbei, denn die Form der Selbstpreisgabe habe jede Art von illegaler Weiterarbeit ebenso ausgeschlossen wie eine spätere Wiedererrichtung des Zentrumsturms<sup>74</sup>. Von weitreichender Bedeutung war auch (c) die Initiative des Vatikans zum Abschluß eines Reichskonkordats. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen katholischer Kirche und NS-Staat ging man zuletzt in Rom davon aus, daß der Untergang von Zentrum und Bayerische Volkspartei (BVP) so gut wie entschieden war. Der Abschluß des Konkordats - der erste außenpolitische Erfolg des NS-Regimes - wurde von vielen Katholiken mit dem Ende der Zentrumspartei in Verbindung gebracht (polemisch gar als „Dolchstoß“ bezeichnet) und als eine Relativierung des religiösen und moralischen Anspruchs empfunden. Das Konkordat, das letztlich nur geringen Schutz brachte, lastete nach 1945 „als eine schwere Hypothek nicht nur auf der katholischen Kirche und Kurie, sondern vor allem auf der

---

71 Vgl. Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1197.

72 Vgl. Morsey, „Der politische Katholizismus...“ (Anm. 67), 156.

73 Josef Becker, „Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland“, in: *Von Weimar zu Hitler 1930-1933*, hrsg. v. Gotthard Jasper, Köln/Berlin 1968, 344-376, hier 350.

74 Rudolf Morsey, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‘Nationaler Erhebung’ 1932/33*, Stuttgart/Zürich 1977, 221.

Zentrumspartei bzw. dem gesamten politischen Katholizismus“<sup>75</sup> Die Selbstaflösung des Zentrums, besonders seine Verstrickung in die Selbstaflösung der Weimarer Republik und ihr „fragwürdiges Taktieren bei der nationalsozialistischen Machtergreifung hatten Überlebens- und spätere Wiederbelebungschancen in der alten Form zunichte gemacht“<sup>76</sup>.

Auch in den folgenden Jahren gelang es der Kirche nicht, sich vom NS-Staat bedingungslos zu distanzieren. Die berühmten Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, die dazu führten, daß die Nationalsozialisten ihre Vernichtungsaktionen gegen behinderte und kranke Menschen einstellten, und die Initiativen anderer Katholiken im Widerstand gegen Hitler, können nicht als repräsentativ für den gesamten Katholizismus angesehen werden<sup>77</sup>. Es handelte sich bei diesen nur noch um Kräfte, die innerhalb des deutschen Katholizismus verstreut und drastisch in Minderheit geraten waren, was es zudem schwer machte, ihr Potential richtig einzuschätzen<sup>78</sup>. Die Bedeutung der 1937 verlesenen Enzyklika Pius XI., „Mit brennender Sorge“, die Rassismus und etatistische Irrlehren anprangerte, lag mehr in einer Bewußtmachung des Konflikts zwischen Nationalsozialismus und katholischem Glauben, ihr praktischer Wert blieb jedoch gering. Zudem richtete sich, wie Walter Dirks später feststellte, der Widerstand katholischer Gläubiger „weniger gegen den faschistischen als gegen den religionsfeindlichen Charakter des Nationalsozialismus“<sup>79</sup>.

Die Hoffnungen der Kirche, sich mit dem Regime arrangieren zu können, stellten sich schon in den Anfangsmonaten der nationalsozialistischen Herrschaft als illusorisch heraus. Als erste bekamen die katholischen Vereine und Organisationen und die katholischen Presseorgane den Terror zu spüren. Gerade in Form dieser Zusammenschlüsse hatte die Kirche seit dem 19. Jahrhundert ihren Öffentlichkeitsanspruch deutlich gemacht<sup>80</sup>. Es folgten Amtsenthebungen - wie die Konrad Adenauers als Kölner Oberbürgermeister - unter dem falschen Vorwurf der Korruption, und Schauprozesse im Zusammenhang mit dem finanziellen Zusammenbruch der Kölner „Görreshaus-AG“ und des „Volksvereins für das katholische Deutschland“. Allerdings dauerte es bis 1939, bis der Nationalsozialismus alle Jugend- und Arbeitervereine, die Verbände und Standesorganisationen, die katholische Presse und die konfessionellen Schulen

---

75 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 121.

76 Klaus Gotto, „Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime“, in: *Die Gründung der Union ...* (Anm. 18), 48-69, hier: 52.

77 Freilich soll hier die Bedeutung des Widerstandes Einzelner keineswegs geschmälert werden. Einige katholische Gegner des Nationalsozialismus bezahlten ihr Engagement bekanntlich mit dem Tode - wie Eugen Bolz und Bernhard Letterhaus - oder mit der Emigration - zum Beispiel Josef Wirth, Friedrich Dessauer -, viele durchlitten die Lager. Manche wählten unauffällige Formen des Widerstandes mit fließenden Übergängen zwischen „Unmutsäußerungen, Bewahren der eigenen Überzeugung (und somit oppositioneller Gesinnung), öffentlichem Protest, einzelnen Widerstandshandlungen (Sabotage, Nichtbefolgen und Verhindern von Anordnungen), Umsturzversuchen und Verschwörungen zum Sturz des Regimes“. Gotto, „Verfolgung und Widerstand ...“ (Anm. 76), 50. Laut Ute Schmidt war jedoch die Verfolgung von Zentrums- und BVP-Repräsentanten „nicht annähernd so breit und systematisch angelegt wie die Unterdrückung der Linken“. Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1197 Anm. 8.

78 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 749.

79 Dirks, „Die christliche Demokratie ...“ (Anm. 7), 104.

80 Die Organisationsdichte war sehr hoch. Kaum ein Mitglied der Kirche war nicht in einer der 300 Vereinigungen organisiert. Gotto, „Verfolgung und Widerstand...“ (Anm. 76), 55.

vollends unterdrückt hatte<sup>81</sup>. Nach Kriegsausbruch kam es trotz zunehmender nationaler Loyalität der Katholiken zu vermehrten Enteignungen und kirchlichen Eigentums an Klöstern und kirchlichen Einrichtungen; auch die Gottesdienstzeiten wurden eingeschränkt<sup>82</sup>. Die Nationalsozialisten hatten für die Zeit nach dem „Endsieg“ die vollständige Beseitigung von Religion und Kirche vorgesehen. Aber auch diese Tatsache führte aufgrund falsch verstandener Loyalität zu keiner klaren Absage an die NS-Regierung und den von ihr begonnenen Krieg. So wurde auch die Niederlage 1945 nur von wenigen Katholiken als eine Stunde der Befreiung verstanden. Mit dem Untergang der „Weimarer Instabilitätsdemokratie“ (Rudolf Morsey) war auch der Zentrumsturm zusammengebrochen; und nach dem Krieg sollte er nie wieder seine alte Bedeutung zurückgewinnen.

### 3.2. Die äußere Entwicklung der katholischen Kirche nach Kriegsende

Im Folgenden sollen einige allgemeine Züge der Situation der katholischen Kirche 1945 skizziert werden. Die inneren Probleme, besonders die Frage nach dem eigenen Selbstverständnis - Hans Maier spricht pointiert von der „Zweifelsfrage nach ihrer Überlebenschance in der modernen Welt“<sup>83</sup> - können hier nicht *en detail* behandelt werden. Das gilt auch für Fragen des Wiederaufbaus des katholischen Verbands- und Pressewesens, der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und der „Schuldfrage“ hinsichtlich des NS-Regimes. Es soll hingegen versucht werden, mit einigen „Pinselstrichen“ ein Panoram der Stellung der katholischen Kirche nach 1945 zu zeichnen, wo sie von besonderer Bedeutung für die politische Kultur wurde.

Obwohl die Kirchen empfindliche Verluste, besonders die Vernichtung des Verbandswesens zu verkraften hatten<sup>84</sup>, gehörten sie „zu den wenigen Institutionen, die den Zusammenbruch von 1945 organisatorisch und strukturell unbeschädigt überdauert hatten“.<sup>85</sup> Ihre öffentliche Position stellte sich „fast lautlos“ (Hans Maier) wieder her. Nach 1945 gab es sogar eine Phase quasi-staatlicher Aktivitäten der Amtskirche, die mancherorts „eine Art von politisch-moralischer Stellvertretung wahr[nahm], ähnlich wie Gewerkschaften, Lizenzparteien und -zeitungen und andere Kräfte des vorpolitischen Raumes.“<sup>86</sup> Die westlichen Besatzungsmächte

---

81 Gotto, „Verfolgung und Widerstand...“ (Anm. 76), 58.

82 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 751

83 Maier, „Die katholische Kirche...“ (Anm. 1), 167.

84 Eine Ausnahme bildete nur der Caritas-Verband, der als einziger größerer katholischer Verband wegen seiner Sozialtätigkeit nicht das Schicksal des übrigen Verbandskatholizismus erleiden mußte.

85 Das lag in erster Linie daran, daß die Nationalsozialisten, aber auch die Alliierten keinen Zugriff auf die oberste Leitung der Kirche hatten. Aus diesem Sachverhalt resultierte „eine nicht zu überschätzende Verstärkung der Kontinuität und der institutionellen Kraft der Kirche in den ersten Nachkriegsjahren (...) Dennoch war für den Katholizismus als solchen damit noch nicht beantwortet, ob und inwieweit an frühere Traditionen anzuknüpfen war, ob und inwieweit neue Wege gesucht und beschritten werden mußten.“ Forster, „Der deutsche Katholizismus ...“ (Anm. 30), 211.

86 Maier, „Die katholische Kirche...“ (Anm. 1), 166.

haben die katholischen Aufgaben und Anliegen jedoch nicht nur gefördert. So ist es aufgrund anderer heimischer Traditionen und einem unterschiedlichen Staatsverständnis „da und dort zu einer auffallenden Reserve gegenüber dem öffentlichen Wirken der Kirche“ gekommen<sup>87</sup>. *Vice versa* kritisierte die Kirche die Politik der Besatzer, besonders in Fragen der Bevölkerungs-Ernährung, oder der Problematik der „Entnazifizierung“ und „Reeducation“. Da die Rolle der Kirche während des Nationalsozialismus in den ersten Jahren allgemein als positiv angesehen wurde - trotz ihres „lautlosen Ab- und Untergangs 1933“ (Rudolf Morsey<sup>88</sup>) -, konnte sie als einzige Institution schon 1945 gegen die simplifizierende Kollektivschuldthese auftreten.

Zu den Mißstimmungen zwischen Kirche und westlichen Siegermächten trug bei, daß viele kirchliche Würdenträger eine reservierte Haltung gegenüber der demokratischen Staatsform einnahmen. Zwar wurden die Kirchen in dem geistigen und politischen Leerraum nach 1945 in der Tat „rasch und selbstverständlich zu Ordnungsbürgern der neuen demokratischen Staatlichkeit“ (Hans Maier<sup>89</sup>), aber die von Karl Barthes diagnostizierte „Affinität zwischen Christentum und Demokratie“ war keineswegs allgemein anerkannt<sup>90</sup>. Manchen Kirchenführern - darunter von Galen und der Erzbischof von München, Michael v. Faulhaber - erschien die Demokratie lediglich als ein Einfallstor für den Kommunismus<sup>91</sup>. Dennoch identifizierten sich die meisten deutschen Katholiken „erstaunlich rasch und intensiv“ mit der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland: Die „besondere Nähe des Katholizismus zum Staat und zu dem sich entwickelnden gesellschaftlichen System (...) war nach dem totalen Zusammenbruch der politischen und gesellschaftlichen Ordnung ein nicht zu unterschätzender Faktor der Stabilisierung“<sup>92</sup>.

Dennoch darf der Einfluß der Kirchen nicht überschätzt werden. „Die politischen Existenzfragen mußten auch ohne spezifischen Beitrag der Kirchen gelöst werden. Gleichwohl ist ihre indirekte, oft diffuse Wirkung auch der Früh- und Entwicklungsfrage der Zweiten Republik nicht wegzudenken, wenngleich sie so gut wie nie die Form gezielter politischer Aktionen annahm.“<sup>93</sup> Die besondere Bedeutung, die die Kirche angesichts der Zerstörung, des Hungers und der Sinnkrise in den Nachkriegsjahren spielte, war eher eine vorübergehende Erscheinung, die dem allgemeinen Trend einer Verweltlichung der Gesellschaft entgegenstand.

---

87 Forster, „Der deutsche Katholizismus ...“ (Anm. 30), 214.

88 Vgl. Morsey, „Der politische Katholizismus...“ (Anm. 67), 155.

89 Maier, „Die katholische Kirche...“ (Anm. 1), 166.

90 Vgl. *Kirche und moderne Demokratie (Wege der Forschung, Bd. CCV)*, hrsg. v. Theodor Strohm/Heinz-Dietrich Wendland, Darmstadt 1973. Die These von der inneren Übereinstimmung von Christentum und Demokratie ist besonders in der angelsächsischen Welt verbreitet. Vgl. Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 31 Anm. 37.

91 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 754.

92 Forster, „Der deutsche Katholizismus ...“ (Anm. 30), 226.

93 Maier, „Die katholische Kirche...“ (Anm. 1), 252.



## 4. CDU UND ZENTRUM IN NORDRHEIN-WESTFALEN

### 4.1. Die Lizenzierung der Parteien 1945

Hinsichtlich der Zulassung politischer Parteien legten die Alliierten von Zone zu Zone eine unterschiedliche Politik an den Tag<sup>94</sup>. So handelten sie „in der praktischen Frage der Entstehungs- und Wirkungsmöglichkeiten für Parteien (...) zunächst nicht nach exakten Vorschriften“.<sup>95</sup> Deshalb ergibt sich in der Frage der Zulassung von Parteien ein uneinheitliches Bild, denn die „Vorstellungen der Alliierten, wie die Demokratie im Nachkriegsdeutschland aussehen sollte, waren mindestens zu Beginn der Besatzungszeit eher verschwommen und undeutlich, auf jeden Fall aber ebenso unterschiedlich wie die Methoden, die die Besatzungsmächte in ihren Zonen anwendeten.“<sup>96</sup> Allgemein konnten sich „nur solche Parteien bilden, deren Programme und Zielsetzungen nach Auffassung der britischen Behörden mit ihrer eigenen Auffassung von ‘Demokratie’ vereinbar waren“<sup>97</sup>- entsprechendes galt *mutatis mutandis* für die anderen Siegermächte.

Die ersten Parteien wurde in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) zugelassen. Die Sowjetische Militäradministration (SMA) verfolgte mit diesem Schritt die Absicht, „über die in der Reichshauptstadt gegründeten Parteizentralen die Parteienbildung in ganz Deutschland kontrollieren und beeinflussen zu können“<sup>98</sup>. Schon am 11. Juni 1945 verlas Walter Ulbricht den Gründungsauftrag für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), gefolgt am 15. Juni von der Konstituierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Am 26. Juni bildete sich auf Initiative von Andreas Hermes (1878-1964), der früher dem Zentrum angehört hatte, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD), in der sich 20 ehemalige Zentrumsmitglieder, 20 protestantische Konservative und Liberalkonservative und 10 Linksliberale zusammenfanden. Erst im Juli bildete sich die Liberaldemokratische Partei (LDP). Am 14. Juli schlossen sich unter dem Druck der SMA diese vier Parteien zur Einheitsfront der „antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zusammen. Der Bewegungsspielraum der neuen Parteien in der SBZ, die für sich alle in Anspruch nahmen, die Spitze der Organisation im ganzen Reich zu sein, war allerdings sehr klein.

---

94 Vgl. Hans Fenske, *Deutsche Parteiengeschichte: Von den Anfängen bis zur Gegenwart (UTB für Wissenschaft: Uni-Taschenbücher; 1824)*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1994, 220-228.

95 Wieck, *Die Entstehung der CDU ...* (Anm. 17), 45.

96 Benz, *Potsdam 1945...* (Anm. 43), 137.

97 Wieck, *Die Entstehung der CDU ...* (Anm. 17), 45.

98 Brigitte Kaff, „Eine Volkspartei entsteht - Zirkel und Zentren der Unionsgründung“, in: *Die Gründung der Union ...* (Anm. 18), 70-101, hier: 72.

In den Westzonen wurde erst durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Weg zu einer einheitlichen Zulassung der Parteien frei<sup>99</sup>. Ende August ließen die Amerikaner, Mitte Dezember die Briten Parteigründungen auf Kreisebene zu. Die Franzosen erlaubten im Dezember die Zulassung von Parteien auf Landesebene, ohne vorher Ortsgruppen zuzulassen. Neben einigen regionalen Gruppierungen bekamen nur die vier Parteien, die schon in der SBZ zugelassen waren, von den Westalliierten eine Lizenz. Die Genehmigungen wurden sehr sparsam ausgegeben, da die Militärregierungen eine Begrenzung der Parteienzahl im Interesse der Sicherung einer „gesunden Demokratie“ für notwendig hielten. Sie förderten deshalb besonders die nach ihrer Auffassung bedeutendsten Parteien: SPD, CDU und KPD, während den anderen zugelassenen Parteien nur regionale oder lokale Bedeutung beigemessen wurde<sup>100</sup>. Diese Politik der (westlichen) Alliierten wird in einer Äußerung des britischen Oberstleutnant Annan vom 8. Dezember 1945 deutlich (laut Protokoll):

Mit gesunder Demokratie steht eine Zersplitterung von Parteien nicht in Übereinstimmung. Deshalb hat die Kontrollkommission die drei Hauptparteien: Christlich-Demokratische Union, Sozialdemokratische Partei, Kommunistische Partei, zugelassen. Die drei Hauptparteien genießen die weitgehende Unterstützung der Militärregierung. Sie können sich in der ganzen britischen Zone betätigen... Keine anderen Parteien haben bisher einen derartigen Widerhall in der Bevölkerung gefunden wie diese drei Parteien. Wenn sich jedoch zeigen sollte, daß örtlich eine Partei entsprechende Anhängerschaft bekommt, so ist die Militärregierung durchaus bereit zu prüfen, ob auch eine solche Partei anerkannt werden könne. Voraussetzung sei jedoch, daß es sich auch wirklich hierbei um eine Partei handelt, die sich wesentlich von den anderen Parteien unterscheidet, und es nicht nur einzelne Punkte seien. Bei gleichlautenden Zielen und Programmen könne eine Neuzulassung nicht erfolgen, denn dann sei es zweckmäßig zu prüfen, ob nicht ein Zusammenschluß mit der bestehenden Partei erfolgen könne...<sup>101</sup>

Die Lizenzierungspraxis der Alliierten war somit ein entscheidender Faktor bei der Entstehung der späteren Parteienlandschaft<sup>102</sup>: Sie begünstigte die Entstehung gemäßigter, großer „Volksparteien“<sup>103</sup> wie der späteren CDU<sup>104</sup>. Allerdings verhielten sich die

---

99 Grundlage war Ziffer A 9 II des Potsdamer Abkommens vom 2.8.1945: „In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“ Abgedruckt bei Benz, *Potsdam 1945...* (Anm. 43), 213.

100 Wieck, *Die Entstehung der CDU ...* (Anm. 17), 45.

101 Zitiert bei Wieck, *Die Entstehung der CDU ...* (Anm. 17), 44.

102 Dazu kritisch: Dirks, "Die christliche Demokratie ..." (Anm. 7), 104. Dirks ist der Meinung, daß die Alliierten durch ihre Lizenzierungspraxis die „Bildung neuer und neuartiger Gruppen erschwerten“.

103 Zum Begriff der Volkspartei vergleiche Schmidt, „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands“ ... (Anm. 12), 490 Anm.1: „Der Begriff ‘Volkspartei’ diente (...) als ideologischer Kampfbegriff der bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen und sozialistischen Arbeiterparteien. Damit wurde der - in der Realität keineswegs eingelöste - Anspruch erhoben, im Gegensatz zu den Klassenkampf- und Interessenparteien die Interessen *aller* Klassen und Schichten zu berücksichtigen.“

104 Konrad Adenauer hingegen spricht in seinen *Erinnerungen* von einer Benachteiligung der Union. Wegen des Regierungswechsels in Großbritannien hätten die britischen Besatzungsbehörden „vielfach augenfällig die Sozialdemokraten“ bevorzugt und auch die KPD und das Zentrum seien von den britischen und amerikanischen Besatzungen freundlicher behandelt worden als die CDU, „die neue Partei, der man zunächst nicht traute.“ Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 1: 1945-1953, Stuttgart 1965, 54.

Westalliierten im großen und ganzen<sup>105</sup> zurückhaltend und versuchten, eine freie Entfaltung der Parteien zu gewährleisten<sup>106</sup>.

## 4.2. Die Anfänge der Union

### 4.2.1. Voraussetzungen

Die CDU war ein „Novum“<sup>107</sup> in der deutschen Parteienlandschaft, denn sie wies nicht wie andere Parteien eine ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition auf, sondern sie ist „von ihrer Entstehung her mit dem demokratischen Neubeginn von 1945 auf das Engste verbunden“<sup>108</sup>. Sie erschien vielen Zeitzeugen als konsequente Reaktion auf die Erfahrungen des Nationalsozialismus, denn für die meisten katholischen Gläubigen war nach 1945 aufgrund eigenen Erlebens klar, „daß die Kirche eine vom NS-Regime verfolgte Organisation war, und daß die human-naturrechtlichen Prinzipien, die sie gegen die NS-Ideologie und deren Herrschaft vertreten hatte, Grundlage eines Neuaufbaus sein müsse.“<sup>109</sup> Konrad Adenauer - seit 1.3.1946 Vorsitzender der CDU in der britischen Zone - hat in seinen *Erinnerungen* beschrieben, aus welcher Grundhaltung heraus die damaligen Unionsgründer die Initiative ergriffen:

Wir hatten im nationalsozialistischen Staate erlebt, wie wir es auch an dem kommunistischen Rußland sahen, welche Gefahren durch eine nicht auf ethischen Grundsätzen beruhende Partei drohten. Darum erkannten die meisten Anhänger des früheren Zentrums, aber auch zahlreiche Mitglieder der früheren Rechtsparteien und der Parteien der Mitte die Notwendigkeit, daß wir alle zusammenfinden mußten, um eine neue, auf ethischen Grundsätzen beruhende Partei zu schaffen. (...) Nur eine sehr große Partei, die alle Schichten unseres Volkes umfaßte, konnte das am Boden liegende, zerbrochene Deutschland wiedergestalten.<sup>110</sup>

Der Wille, eine anti-materialistische, gegen Sozialismus und Faschismus gerichtete Partei, die auf ethischen Grundsätzen beruhte, zu errichten, war stellte einen wichtigen Impuls für die Gründung der Union dar. Aber ihre Wurzeln reichen teils über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus. Nach Winfried Becker waren auch folgende ältere Voraussetzungen von entscheidender Bedeutung für den sprunghaften Aufstieg der Union:

---

105 Eine Ausnahme bildete zum Beispiel die Tatsache, daß die französische Militärregierung den CDU-Delegierten der französischen Zone die Teilnahme an Tagungen der CDU aller Zonen untersagte; dennoch wurde ein Informationsaustausch zwischen diesen Gruppierungen prinzipiell ermöglicht. Hintergrund des Verbots war die gegen alle gesamtdeutschen Tendenzen gerichtete Politik der französischen Militärregierung. Vgl. Brigitte Kaff, „Eine Volkspartei entsteht...“ (Anm. 97), 91f.

106 So hieß es in Direktive JCS 1779 der amerikanischen Militärregierung an General Clay: „die politischen Parteien sollen miteinander konkurrieren und durch freiwillige Zusammenschlüsse von Bürgern gegründet sein, bei denen die Führer ihren Mitgliedern verantwortlich sind. Keine Partei soll bevorzugt werden.“ Zitiert bei Benz, *Potsdam 1945...* (Anm. 43), 139.

107 Benz, *Potsdam 1945...* (Anm. 43), 146.

108 Winfried Becker, „Historische Grundlagen der christlich-demokratischen Parteibildung nach 1945“, in: *Die Gründung der Union ...* (Anm. 18), 7-33, hier: 7.

109 Gotto, „Verfolgung und Widerstand...“ (Anm. 76), 59.

110 Konrad Adenauer, *Erinnerungen* (Anm. 104), 50 u. 52.

- (a) Die Tradition konfessioneller Gliederungen in der Gesellschaft und in den deutschen Parteien;
- (b) die Tradition gleichzeitiger Bemühungen um Interkonfessionalität;
- (c) das historische Phänomen einer alle Schichten und Klassen im Namen eines gerechten Interessenausgleichs umfassenden Volkspartei;
- (d) das gemeinsame Bemühen um die Ausbildung und Verwirklichung christlicher Grundsätze in Staat und Gesellschaft.<sup>111</sup>

Die konfessionellen Parteien - wie das Zentrum oder die Bayerische Volkspartei - hatten ihre Wurzeln in der geistigen, politischen und sozialen Krise der Alten Welt, die in der Aufklärung und der Französischen Revolution ihren nachhaltigsten Ausdruck fand. Die Religion war in das öffentliche und private Leben verwebt, und ihre Stellung wurde vom Reich und vom jeweiligen Landesfürsten abgesichert. Das änderte sich mit Aufkommen der Verfassungsstaaten im 19. und 20. Jahrhundert und der von ihnen ausgesprochenen Freiheitsgarantien. Dennoch blieb die öffentliche Stellung der Kirche, das gemeinschaftliche christliche Erbe und die Homogenität der Milieus lange Zeit intakt. Zumindest teilweise änderte sich dies nach 1945. Zwar stellte sich - wie oben beschrieben - die Stellung der Kirche zuerst wieder her, doch lösten Flucht und Vertreibung die alten „konfessionell-territorialen Besitzstände“ (Hans Maier) auf. Mit zunehmendem Verschwinden besonders des katholischen „Milieus“ wurde auch den konfessionellen Parteien ein großer Teil ihrer Wählerschaft entzogenen<sup>112</sup>. Vor diesem Hintergrund ist die Gründung der Union als interkonfessionelle Nachfolgepartei des am 5. Juli 1933 aufgelösten Zentrums zu sehen - und der im großen und ganzen erfolglose Neuanfang des Zentrums nach 1945.

Die Gründung der CDU stand vor dem Hintergrund einer tiefreichenden Krisenerfahrung. Anders als im 18. oder 19. Jahrhundert jedoch fanden sich Christen beider Konfessionen auf der Grundlage gemeinsamer christlicher Werte und Grundanschauungen in einer Partei zusammen, um auf diese Weise einem Substanzverlust christlicher Existenz in Staat und Gesellschaft gemeinsam entgegenzuwirken<sup>113</sup>. Mit der Gründung der Union war es gelungen, „divergierende Strömungen des bürgerlichen Lagers - große Teile des politischen Katholizismus, des deutschnationalen, protestantischen Konservatismus, aber auch andere Teile des liberalen und demokratischen Bürgertums - zusammenzufassen<sup>114</sup>“.

---

111 Becker, „Historische Grundlagen ...“ (Anm. 108), 29.

112 Vgl. zum historischen Abriß Maier, „Die katholische Kirche...“ (Anm. 1), 165.

113 Vgl. Becker, „Historische Grundlagen ...“ (Anm. 108).

114 Ute Schmidt, „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands“ ... (Anm. 12), 490.

#### 4.2.2. Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union in Nordrhein-Westfalen

Die Union ist in „mehreren, verschiedenen Zentren gleichzeitig aus einer übereinstimmenden Zentrumstradition entstanden“<sup>115</sup> Gründerkreise von überregionaler Bedeutung fanden sich in Berlin, Köln, Frankfurt und München (wenn man die CSU miteinbezieht). Im Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens gingen die entscheidenden Impulse zur Gründung der Union von den rheinischen Zirkeln in Köln, Düsseldorf und Wuppertal und den westfälischen Zirkeln in Essen, Paderborn und Münster aus.

Während in den norddeutschen Gründerkreisen der Union die Frage nach der Eingliederung der protestantischen liberalen Elemente im Vordergrund stand, beschäftigte die Initiatoren an Rhein und Ruhr in erster Linie die Frage nach der möglichen Wiederbelebung des Zentrums. Viele der Akteure waren früher Zentrumspolitiker gewesen und blieben in ihrer Haltung zur neuen Partei lange Zeit unentschieden. Vielen schien das Risiko sehr groß, weil die Entscheidung, das Zentrum nicht wiederzubeleben, einen Verzicht auf die alte Parteitradition und einstigen Parteiorganisationen mit sich brachte und zudem offen ließ, ob die Anhängerschaft den Wechsel mitmachen würde. Daraus ergaben sich in der ersten Zeit für die Union eine Reihe von Integrations- und Führungsproblemen.

Die Entstehung der einzelnen Gründergruppen reichte zum Teil bis in die dreißiger Jahre zurück. So waren einige Akteure der Düsseldorfer Gruppe schon 1933 zusammengekommen, um das Konzept einer interkonfessionellen Partei zu besprechen. Karl Arnold (1901-1958)<sup>116</sup>, damals Kartellsekretär der Christlichen Gewerkschaften, sympathisierte mit Stegerwald und dessen „Essener Programm“<sup>117</sup>. Der Gruppe um Arnold gehörten unter anderem folgende Mitglieder an: Arnolds Freund Walter Hensel, ein Beamter der Düsseldorfer Stadtverwaltung und Mitglied der Katholischen Jugend; Robert Lehr, bis 1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf, und später - wie oben erwähnt - Oberpräsident der Nordrheinprovinz; Wilhelm Elfes (1884-1969)<sup>118</sup>, bis 1933 Polizeipräsident von Krefeld. Verbindungen bestanden zu Gegnern des Naziregimes wie Jakob Kaiser (1888-1961)<sup>119</sup>, dem führenden Berliner Unionspolitiker, und Bernhard Letterhaus (1894-1944)<sup>120</sup>, dem führenden Kopf der

---

115 Vgl. Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 48. Hüttenbergs Beitrag zur Frühgeschichte der CDU in Nordrhein-Westfalen basiert im wesentlichen auf den Arbeiten Leo Schwerings, Hans Georg Wiecks und Gerhard Schulz'. Vgl. auch die Auswahlbibliographie am Ende dieser Arbeit.

116 Zu Karl Arnold vgl. *Karl Arnold. Grundlegung christlich-demokratischer Politik in Deutschland. Eine Dokumentation. Mit einem Vorwort von Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke und einem Geleitwort von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer*, hrsg. v. Rainer Barzel, Bonn 1960. Die Publikation ist etwas hymnisch gehalten; von Interesse der Lebensabrisse 13-47.

117 Siehe Seite 1.

118 Zu Elfes vgl. Eßer, Albert, *Wilhelm Elfes: 1884-1969. Arbeiterführer und Politiker (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Band 53)*, in Verbindung mit Dieter Albrecht, Heinz Hürten, Rudolf Morsey, herausgegeben von Konrad Reppen, Mainz 1990.

119 Zu Jakob Kaiser vgl. Rainer Salzmänn, „Jakob Kaiser“, in: *Die Gründung der Union ...* (Anm. 18), 171-190.

120 Zu Bernhard Letterhaus vgl. Jürgen Aretz, „Katholischer Arbeiterwiderstand: Bernhard Letterhaus“, in: *Die Gründung der Union ...* (Anm. 18), 157-170.

Katholischen Arbeitervereine, der wie Prälat Otto Müller, zu dem er Kontakte unterhielt, nach dem 20. Juli hingerichtet wurde. Ihnen schwebte die Bildung einer interkonfessionellen politischen Einheitsfront vor, dessen Kern der deutsche Gewerkschaftsbund sein sollte. Die Gruppe um Arnold, die auch Verbindungen zur evangelischen Kirche und zu den Sozialdemokraten unterhielt, bildete ein wahres „Netz von Personen“ und agierte „dicht am Rande der aktiven Widerstandsbewegung“ (Peter Hüttenberger). Sie plante, nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ eine Partei der linken Mitte oder eine „Partei der Arbeit“ zu gründen, mit deren Hilfe eine Zersplitterung des deutschen Parteiensystems verhindert werden sollte.

Im Gegensatz zur Düsseldorfer Gruppe konstituierte sich die Kölner Gruppe - „ohne Kenntnis von der Berliner Gründung zu haben“<sup>121</sup> - erst im Sommer 1945. In ihr fanden sich ehemalige Zentrumspolitiker zusammen, die während des Dritten Krieges in losem Kontakt zueinander standen. Eine wichtige Bedeutung hatte für sie Hans Schreiber, der vor 1933 Sekretär des Düsseldorfer Zentrums gewesen war und sich danach am Ausbau der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft (MIVA) des Paters Paul Schulte beteiligt hatte. Die MIVA - die zum Auffanglager für ehemalige Zentrumsunterstützer geworden war - bildete nach dem Krieg die Grundlage für den rheinischen Landesverband der Christlich-Demokratischen Partei (CDP, die spätere CDU). Der Gruppe gehörten unter anderem Josef Kannengießer aus Osnabrück, Theo van Dillen aus Recklinghausen, sowie Rudolf Mönig aus Hagen an. Die entscheidenden Impulse gingen von Leo Schwing, der vor 1933 langjähriger Zentrumsabgeordneter im Preußischen Landtag gewesen war, und von Wilhelm Warsch, dem ehemaligen Bürgermeister von Krefeld-Uerdingen, aus. Ähnlich wie die Düsseldorfer Gruppe hielten die Kölner Aktivisten das Zentrum für überholt, wollten aber die Zentrumstradition nicht gänzlich aufgeben. Schwing sah die Ursachen für den Niedergang des Zentrums in dem allgemeinen Prozeß der Säkularisierung und der defensiven Struktur des Zentrums - als katholische „Minderheitenpartei“ - begründet. Vor diesem Hintergrund entwickelte er die Idee einer christlichen Partei, in der evangelische und katholische Politiker zusammenarbeiten sollten. Auf diese Weise sollte eine Parteienzersplitterung, wie es sie in der Weimarer Republik gab, verhindert werden. Die Grundlage dafür sah er darin gegeben, daß auch in den evangelischen bürgerlichen Schichten rechts von der Mitte - den ehemaligen Wählern von Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) und Deutscher Volkspartei (DVP) - der nationalistische Impuls weitgehend gebrochen sei<sup>122</sup>. Schwing, dessen Denken christlich-bürgerlich war, wollte im Gegensatz zu Karl Arnold um jeden Preis eine Annäherung an die Sozialdemokratie verhindern. Um eine Chance gegen die SPD zu haben und einer Neubildung evangelisch-nationalistischer Parteien vorzubeugen, trieb er zur Eile an.

---

121 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 155.

122 Tatsächlich konnte er unter anderem Superintendent Hans Encke, der früher dem (evangelischen) Christlich-Sozialen Volksdienst angehört hatte, für seine Sache gewinnen.

Von großer Bedeutung für die programmatische Entwicklung der Kölner Gruppe wurden deren Verbindungen zu den Dominikanern der Albertus-Magnus-Akademie, deren Provinzial P. Laurentius Siemer die Programmkommission der Kölner Gründergruppe in das Kloster nach Walberberg einlud. Die Dominikaner hatten während des Krieges Kontakte zur katholischen Arbeiterbewegung unterhalten. In Zusammenarbeit mit Pater Eberhard Welty entwickelte die Kommission die sogenannten „Kölner Leitsätze“, die als „eine Art geistiger Führungsschiene für die gesamte CDU-Programmatik in den nächsten Jahren angesehen werden“ können (Peter Hüttenberger). Die zusammen mit evangelischen Christen ausgearbeiteten Leitsätze wurden in der Präambel unter einen weitgespannten Anspruch gestellt:

Soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe sollen eine neue Volksgemeinschaft beschirmen, die die Gott gegebene Freiheit des einzelnen und die Ansprüche der Gemeinschaft mit den Forderungen des Gemeinwohls zu verbinden weiß.<sup>123</sup>

Das Programm verband Gedanken aus dem Bereich der katholischen Soziallehre mit einem Bekenntnis zu einem „wahren christlichen Sozialismus“. Dazu gehörte unter anderem die Forderung nach einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes zugunsten der Lohnarbeiter; nach Gründung von Gewerkschaften; nach einer behutsamen Verstaatlichung; nach der - durch besondere Situationen gerechtfertigte - Überführung von Eigentum in Gemeineigentum; nach einer freien körperschaftlichen Selbstverwaltung der Wirtschaft und einer Beseitigung des liberalen Kapitalismus - womit keine klare Entscheidung für eine Wirtschaftsform getroffen wurde; schließlich wurde die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe verlangt. Der Kommission schwebte ein christlich-föderaler Rechtsstaat mit liberalen Zügen (wie Vereins- und Versammlungsfreiheit) vor, der in die abendländische Überlieferung eingebettet und mit einem kräftigen Bauernstand ausgestattet sein sollte. Die Betonung der klein-, mittelständischen und bäuerlichen Impulse traf auf die Kritik von Männern wie Elfes, die sich die stärker Einbeziehung sozialistischer Impulse erhofften. Adenauer hingegen bemühte sich durch gezielte Einflußnahme den christlich-sozialistischen Impuls zurückzudrängen, um die Integrationsbreite der neuen Partei in Kreise besonders des evangelischen konservativen Bürgertums auszudehnen<sup>124</sup>. Wie kaum ein anderer hat Walter Dirks öffentlich Kritik an dieser Entwicklung geübt<sup>125</sup>. Für ihn war „die CDU der ersten Phase eine ‘linke’ Bewegung“, denn angesichts der desolaten Lage erwartete man „alles Heil von der Zukunft, von Änderungen, Plänen und Aktionen, also von einer ‘linken’ Bewegung“. Aber die Partei habe an dem Geist ihres Anfangs nicht festgehalten und sei „genau wie das Zentrum zwischen 1919 und 1932, von einer Partei der gemäßigten Linken zu einer Partei der rechten Mitte geworden“. Die Ursachen dafür waren für Dirks nicht zuletzt in der Person Adenauers zu

---

123 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 762.

124 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 762.

125 Zum Folgenden vgl. Dirks, "Die christliche Demokratie ...“ (Anm. 7). Walter Dirks hat zusammen mit Eugen Kogon den christlich-sozialistischen Impuls in den von ihnen herausgegebenen *Frankfurter Heften* über Jahrzehnte weitergetragen.

finden und dessen „außerordentlicher Autorität“ sowie - wie Dirks meint - der „fast religiösen Loyalität ihm gegenüber“. Als Folge des von Adenauer eingebrachten bürgerlich-konservativen Impulses, der Schwäche der Arbeiter und der Christen und der „allzu väterlich-bemühten Besatzungsdiktatur“ begann Deutschland damals, so Dirks, „restaurativ zu werden“. Dadurch sei der Einfluß der jungen Männer zurückgedrängt und der Einfluß der Honoratioren verstärkt worden. So sei die Entwicklung der CDU heute nicht mehr zu verstehen, wenn man sie nicht trotz ihrer „linken Anfänge“ als „antisozialistische Partei“ verstehe. Eine Ausnahme bilde lediglich die CDU in Hessen und Nordrhein-Westfalen, die als „linke“ Partei „auf vorsichtige und behutsame Weise eine gewisse Eigenständigkeit“ wahre. An dieser 1953 publizierte Kritik an der CDU fällt freilich auf, daß der Frage des „Restaurativen“ sehr viel mehr Bedeutung zugemessen wird, als von heute aus akzeptabel erscheint. Dirks verkennt in seiner ansonsten sehr scharfsinnigen Analyse der Entwicklung der Union das völlig neuartige und im positiven Sinne stabilisierende Element, das die interkonfessionelle Partei in die deutsche Parteienlandschaft eingebracht hat<sup>126</sup>.

Der Name der neuen Partei hatte zu einigen Diskussionen im Kloster Walberberg geführt. Hatte die Gründung vorerst (bis Ende 1945) den Namen „Christlich-Demokratische Partei“ (CDP) geführt, schlug Pater Siemers den Namen „Christlich-Sozialistische Partei“ vor, der jedoch wegen der Möglichkeit einer Verwechslung mit den sozialistischen Parteien abgelehnt wurde<sup>127</sup>. Schließlich setzte sich später durch Parallelgründungen die Bezeichnung „Christlich-Demokratische Union“ (CDU) durch.

In Wuppertal waren es nicht Katholiken, sondern Protestanten, die die Initiative zur Gründung einer interkonfessionellen Volkspartei ergriffen. Im Juli 1945 kamen hier evangelische bürgerliche Christen unter der Leitung des Druckereibesitzers Branda zusammen. Eines der Ziele der Gruppe, der unter anderem der evangelische Pastor Lutze, der Rechtsanwalt Otto Schmidt, der Verleger Emil Mar, der katholische Pfarrer Schulte und später die Fabrikanten Paul Padberg, Guido Ziersch und Otto Herkenberg angehörten, war es, ein politisches Gegengewicht gegen SPD und KPD zu schaffen. Ihr Anliegen war jedoch im wesentlichen religiös-moralisch, denn sie wünschten mit politischen Mitteln die Entwicklung des Menschen aus dem ‚religiös begründeten Gebot‘ geformt zu sehen. Ihre Gedanken faßte die Gruppe in den Barmener Richtlinien zusammen.

In Wuppertal ging die Initiative von Kaspar Schulte, dem Paderborner Diözesan-Präses der katholischen Arbeitervereine, aus, der am 3. Juni 1945 Vertreter der christlichen

---

126 Freilich hat Dirks Kritik andere Wurzeln als der besonders seit den sechziger Jahren auf neo-marxistischer Seite auftretende Vorwurf, die Bundesrepublik habe eine restaurative, das heißt „reaktionäre“ Entwicklung genommen, und ihre Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsverfassung sei nicht demokratisch legitimiert. Entgegen diesem „destruktiven Interpretationskonzept“ (Morsey) erkannte Dirks in der Rekonstruktion der KPD das „erste Element“ dieser Restauration. Vgl. Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland...* (Anm. 11), 141.

127 In Bayern wurde der Zusatz „demokratisch“ abgelehnt, weil dieses Prädikat „immer noch etwas vom Geruch des antikirchlichen Fortschrittes an sich hatte; es wurde dort durch die weniger verdächtige und auch weniger politische Kennzeichnung ‚sozial‘ ersetzt“. Dirks, "Die christliche Demokratie ..." (Anm. 7), 105.



Gewerkschaften und der katholischen Arbeitervereine zu einer Konferenz nach Essen einlud. Hier wurden drei Möglichkeiten einer Neugründung besprochen: Abgelehnt wurden eine Wiedererrichtung des Zentrums - für die an sich sprach, daß sie als traditionelle Partei eine größere Chance hatte, lizenziert zu werden; zurückgewiesen wurde auch der Vorschlag des Jesuitenpaters Hirschmann, der - wie Elfes und Kaiser - für die Errichtung einer „Partei der Arbeit“ plädiert hatte. Die Entscheidung fiel schließlich für die Schaffung einer interkonfessionellen Partei.

Dieser Entscheidung schloß sich auch der Essener Kreis an, der aus einer bereits während des Krieges formierten interkonfessionellen Gruppe hervorging. Dennoch hatte die Gruppe, der unter anderem der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann, sowie Heinrich Strunk, Josef Aust, einem Angestellten der Konsumgesellschaft, und Rechtsanwalt von Almsiek, der Verfolgte verteidigt hatte, angehörten, einen wesentlich katholischen Charakter. Erst durch den Übertritt von Oberstudiendirektor Hans Spiecker, der früher dem (evangelischen) Christlichsozialen Volksdienst (CSVD) angehört hatte, wurde der interkonfessionelle Charakter der Gruppe verstärkt.

In Paderborn ging ebenfalls von Präses Schulte und von Domkapitular Hesse sowie Probst Koch der Impuls zur Gründung einer örtlichen christlich-demokratischen Partei aus. Ihr schloß sich auch der ehemalige Oberpräsident von Westfalen, Johannes Gronowski, an.

Mehrere bekannte ehemalige Zentrumsmitglieder fanden sich in der Münsteraner Gründungsgruppe zusammen, die eine Annäherung an die evangelische Kirche anstrebten: Neben Johannes Brockmann (1888-1975)<sup>128</sup>, Rudolf Amelunxen<sup>129</sup> und Bernhard Reismann (geb. 1903)<sup>130</sup> besonders Clemens August Graf von Galen. Er regte den Rechtsanwalt Georg Hösingmeier an, eine Nachfolgepartei des Zentrums ins Leben zu rufen. von Galen hatte bereits ein Programm entworfen, auf dessen Grundlage sich eine Arbeitsgemeinschaft bildete, zu der unter anderem der Althistoriker Professor Hans Stier gehörte, der spätere Minister Johannes Peters, der Universitätsdirektor Prälat Schreiber, der vor 1933 Abgeordneter des Reichstages war, und der frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hermann Pünder. Josef Kannengießer übernahm im Sommer 1945 die Aufgabe, die verschiedenen christlich-westfälischen Gruppen miteinander in Beziehung zu bringen.

Eine Gruppe mit evangelischem Schwerpunkt bildete sich in Bielefeld-Herford um den Oberbürgermeister von Herford, Friedrich Holzapfel. Sie entschloß sich Ende Juli 1945 zum Zusammengehen mit den christlichen Demokraten und führten zu diesem Zweck Verhandlungen mit Lensing und Gronowski in Dortmund.

---

128 Brockmann war Volksschullehrer und von 1925 bis 1933 Zentrumsabgeordneter im Preußischen Landtag. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 1234 Anm. 110.

129 Zur Biographie von Amelunxen vgl. Anm. 56.

130 Lebte als Rechtsanwalt in Münster. 1945 Vorsitzender der westfälischen Zentrumspartei, 1946 MdL von Nordrhein-Westfalen. Bis zu seinem Tod stellvertretender Bundesvorsitzender der DZP. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 1236 Anm. 110.

Während in Westfalen die Ausbildung der Union zügig voranging, rief die CDP bzw. CDU in Westfalen, wo der konservative Geist der Landbevölkerung und der Geistlichen kräftiger ausgeprägt war als im Rheinland, anfangs nur geringen Widerhall hervor und verlief zähflüssiger. Schon in der Frühzeit bildete sich deshalb eine gewisse Abgrenzung zwischen der rheinischen und der westfälischen CDU aus. „Im Ansatz neigte die Mehrheit der vor 1933 führenden Politiker des [westfälischen] Raumes dem Zentrum zu, und auch ein großer Teil der ländlichen Bevölkerung war schwer von seinen politischen Gewohnheiten abzubringen“<sup>131</sup> So gelang es erst 1947, in Westfalen einen einheitlichen CDU-„Apparat“ aufzubauen.

Zu offiziellen, miteinander koordinierten Gründungsversammlungen kam es gleichzeitig am 2. September 1945 in Köln (für das Rheinland) und Bochum (für Westfalen). In Bochum wurden sechs Protestanten und acht Katholiken in den Vorsitz (Lambert Lensing<sup>132</sup> und Friedrich Holzapfel) und den Vorstand (Otto Boelitz, Johannes Gronowski, Anton Gilsing, Paul Steup, Georg Jöstingmeier, Christian Ebert, Josef Schrage, August Hecke, Otto Rippel, Wilhelm Lindner, Franz Bornefeld-Ettmann, Josef Kannengießer) gewählt. In Köln teilten sich 24 Katholiken und sieben Protestanten Vorsitz (Leo Schwering), geschäftsführenden Vorsitz (Adenauer, Johannes Albers, Jakob Deselaer, Änne Franken, Robert Lehr, Robert Pferdemeiges) und eigentlichen Vorstand. Besondere Aufmerksamkeit wurde auf die Repräsentation der verschiedenen Gründerzirkel im Vorstand gelegt. Aus dem Kölner Gründerkreis fanden sich neun, aus dem Düsseldorfer sechs und aus dem Wuppertaler nur drei, weshalb die beiden letzteren gegen ihre Unterrepräsentation protestierten.

#### 4.2.3. Die Rolle Konrad Adenauers

Konrad Adenauer verhielt sich in der Anfangsphase der rheinischen Unionsgründung zurückhaltend und wartete ab, ob sich nicht doch das Zentrum durchsetzen würde. Erst Anfang August 1945 trat er auf Initiative des Düsseldorfer Kreises der Union bei. Am 6. Januar 1946, nach einer Phase, in der er sich nach seiner Entlassung als Kölner Oberbürgermeister (6. Oktober 1945) politisch nicht betätigen durfte, meldete er seine Kandidatur für den Vorsitz der rheinischen Landespartei und der Zonenpartei an. Die Gründung der Zonenpartei war am 14. Dezember 1945 auf dem Reichstreffen der CDU in Bad Godesberg beschlossen worden. Im Landesverband kam es über diese Kandidatur zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Erst am 5. Februar 1946 fand Adenauer eine Mehrheit, die er dem gewerkschaftsorientierten Flügel der Partei und Repräsentanten der evangelischen Gruppen verdankte. Auf der Zonen-Tagung in Herford am 21. Januar 1946 gelang es

---

131 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 56.

132 Lensing, der früher SA-Mitglied war und seinen Wehrdienst im OKW abgeleistet hatte, legte im März 1946 sein Amt unter dem Druck der Militärbehörden nieder. Sein Nachfolger wurde Gronowski.

Adenauer, die Berliner Konkurrenz<sup>133</sup> - die durch Andreas Hermes, Heinrich Vockel und Hermann Katzenberger vertreten war - auszuspielen, indem er darauf verwies, daß nur Mitglieder aus der britischen Zone laut Genehmigung durch die Militärbehörden stimmberechtigt seien. Da er als Ältester den Vorsitz übernehmen konnte, nutzte er seine Position geschickt, um sich gegen eine zu enge Bindung an die SBZ und damit auch an die Berliner CDU auszusprechen. Er forderte eine Verlagerung des Schwerpunktes der Partei nach Westen, um dem Druck der SMA auszuweichen. Nach längeren Diskussionen wurde Adenauer am 1. März 1946 in Neheim-Hüsten endgültig zum Zonenvorsitzenden gewählt. Adenauer richtete daraufhin sein Büro in Köln ein.

Unter Adenauers Führung verschob sich das programmatische Gewicht stärker zur bürgerlichen Seite. So konnte er sich auch gegen Karl Arnold, dem späteren Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, durchsetzen. Arnold hatte eine Annäherung an die Sozialdemokratie propagiert. Das Wirtschaftsprogramm der Partei, das von einer erstmals im September 1945 zusammengekommenen Programmkommission ausgearbeitet wurde, die sich auf die Kölner Leitsätze stützte, trug „in erster Linie einen mittelständischen Charakter mit einer gewissen sozialen Färbung“<sup>134</sup>. Neben dem Schutz der Freiheitsrechte wurden darin auch das Elternrecht und das Recht auf Eigentum gefordert.

Adenauer selbst hatte bei seiner Wahl in Neheim-Hüsten ein eigenes Programm vorgelegt, das sich unter anderem gegen die Zusammenballung von Macht in der Wirtschaft, gegen zuviel Wirtschaftsmacht des Staates, für die Anerkennung des Eigentums und durch Verschweigen implizit gegen die Enteignung der Grundstoffindustrie aussprach. Hart rechnete Adenauer mit der SPD ab, deren angeblichen Materialismus er mit dem des Nationalsozialismus in Verbindung setzte. Als sich in den folgenden Monaten das Gewicht des Arbeitnehmerflügels in der Partei verstärkte und es zu einer Annäherung des linken Flügels der CDU an die SPD kam, setzte Adenauer verstärkt auf einen Ausgleich von Arbeitgeber- und Arbeitnehmer Interessen in der Partei. Vor diesem Hintergrund legte er am 7. Januar 1947 einen von ihm formulierten Programmentwurf vor, der die Grundlage für das zwischen dem 1. und 3. Februar 1947 durch den Zonenausschuß beschlossene „Ahlener Programm“ bildete. Es forderte eine Entflechtung der Konzerne, die Vermeidung des Staatskapitalismus bei gleichzeitiger Absage an die Herrschaft des privaten Kapitals, die Beteiligung öffentlicher Körperschaften an Großbetrieben und die Überführung des Bergbaus und der eisenschaffenden Industrie in Gemeineigentum. Dieses Programm, das nicht zuletzt die soziologische Struktur der Partei widerspiegelte, war eine Art Kompromiß zwischen den sozialen Gruppen. Peter Hüttenberger charakterisiert es wie folgt:

---

133 Der Berliner Gründerkreis der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) vertrat wie die Kölner Leitsätze einen christlichen Sozialismus. Unter dem Druck der SMAD geriet die CDUD unter den Einfluß der SED, während die Exil-CDU mit der Gesamtpartei verschmolz. „Der politische Katholizismus fand in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR keinen speziellen Ausdruck mehr, während sich ihm in der CDU/CSU der Bundesrepublik ein erweiterter Aktionsraum öffnete.“ Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 763.

134 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 65.

Das Programm ist eine Mischung von katholischem Solidarismus, liberaler Marktwirtschaft und sozialistischen Elementen, ein System von Theoremen, das nach allen Seiten hin veränderlich war; wodurch es sich vorzüglich als Instrument des Wahlkampfes eignete.<sup>135</sup>

Freilich hatte der Katholizismus an der politisch-ideologischen Ausrichtung und am äußeren Erfolg der Union einen wesentlichen Anteil<sup>136</sup>. Dennoch war ihr Aufstieg nicht zuletzt eine Folge des interkonfessionellen Charakters der Partei. Daraus entstand eine Amalgamierung von Auffassungen, die zum Teil den unterschiedlichen konfessionellen Traditionen entstammten und somit die Grundlage für eine breite Anerkennung bei der Wählerschaft bereitstellten. Dies erklärt teils auch die große Ausstrahlung, die nicht zuletzt vom Ahlener Programm auf die Entwicklung Nordrhein-Westfalens und seiner Gesetzgebung ausging.

### 4.3. Die Neuanfänge der Deutschen Zentrumspartei

#### 4.3.1. Voraussetzungen

In der Diskussion über „eine den Nachkriegsbedingungen adäquate Organisationsform des politischen Katholizismus“<sup>137</sup> standen sich Befürworter einer interkonfessionell-christlichen Sammlungspartei und Anhänger des traditionellen Zentrumsgedankens gegenüber. Die Folge war, daß es nach 1945 zur Gründung zweier Parteien kam, die beide aus der Zentrumstradition erwachsen waren. Fast zeitgleich mit der Gründung der CDP in Rheinland-Westfalen am 2. September 1945 wurde am 14. Oktober 1945 in Soest (Westfalen) die Deutsche Zentrumspartei wiedergegründet. Die Aufspaltung der politischen Vertretung des deutschen Katholizismus war das Ergebnis der unterschiedlichen Einschätzung der sozialen und konfessionellen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland<sup>138</sup>. Während die Unionsbefürworter von der Notwendigkeit einer Abwehr der sozialistischen Einheitstendenzen überzeugt waren und deshalb mit Unterstützung der Kirchen den Aufbau einer bürgerlichen Sammelpartei betrieben, fürchteten einige Anhänger der Zentrumsidee, daß die Katholiken in einer interkonfessionellen Partei in eine Minoritätsposition gelangen könnten und somit ihre Interessen nicht genügend geltend machen könnten, andere wiederum - die Mehrheit der Zentrumsbefürworter - befürchteten, daß durch die von der CDU intendierte Aufnahme protestantischer Rechtskräfte eine zweite „Harzburger Front“ entstehen könnte. Besonders wollte man die Schaffung eines gegen die Arbeiterparteien gerichteten „Bürgerblocks“ verhindern. Denn durch eine Polemik, die in den Arbeiterparteien reinen Materialismus, in den rechten Parteien aber Idealismus und Christentum beheimatet sah, fühlte sich die Zentrumsführung darin bestätigt, daß es - den Verbreitern dieser Polemik,

---

135 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 75.

136 Lönne, „Katholizismus 1945...“ (Anm. 6), 765.

137 Vgl. zum Folgenden Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1198.

138 Zur Einschätzung, welche Bedeutung demographische Veränderungen für den Niedergang des Zentrums bzw. den Aufstieg der CDU hatten, vgl. Kapitel 5 „Milieus“.

letztlich den Unionsbefürwortern - „nicht um Christentum, sondern um Politik geht, daß Christentum Deckfarbe einer Politik sein soll; daß Christentum und Demokratie Deckmittel all jener Kreise und Kräfte sein sollen, die in der ersten Republik die Demokratie zu Tode gehetzt und dem Christentum nicht den geringsten Dienst erwiesen haben“<sup>139</sup>. Diese scharfe, selbst polemische Abgrenzung gegen „rechts“ war von großer Bedeutung für die Selbstlegitimation vieler Zentrumsneugründer. Sie hielten daran auch noch fest, als ihre Partei in dem Maße, da das Konzept der interkonfessionellen Sammlung Erfolg hatte, zur Splitterpartei von regionaler oder lokaler Bedeutung (in einzelnen Gebieten Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens<sup>140</sup>) schrumpfte.

Der Niedergang des Zentrums hat viele Ursachen. Entscheidend war die Haltung der katholischen Kirche, die sich schon früh für den Gedanken interkonfessionellen Sammlungsgedankens ausgesprochen hatte, während man im Zentrum noch an einen festen Rückhalt in der kirchlichen Hierarchie glaubte<sup>141</sup>. Zudem hatten die Zentrumsbefürworter die Bedeutung des konfessionellen Wandels und die damit anheimgehende Auflösung traditioneller „Milieus“ in den Westzonen unterschätzt<sup>142</sup>. Schließlich hatten sie die Stabilität des tradierten Parteiensystems völlig falsch eingeschätzt. Im Gegensatz zu den Unionsanhängern, die für eine möglichst breite, gemäßigt konservative und sozialpolitisch engagierte Sammlungsbewegung plädierten, hofften die Zentrumsbefürworter, daß sie als Partei einen Platz in der Mitte des sich ihrer Erwartung nach wie in der Weimarer Republik ausdifferenzierenden Parteienspektrums finden könnten. Sicherlich war die Union nicht nur wegen eines größeren Realismus erfolgreich, sondern auch durch zahlreiche Faktoren, die sie nicht beeinflussen konnte. Hingegen ist auf Seiten des Zentrums festzustellen, daß die Führung und ein großer Teil der Anhängerschaft der Partei einer weitreichenden Verkennung der politischen, sozialen und konfessionellen Umwälzungen in den vergangenen Jahren unterlag. Die Wiedergründung des Zentrums hatte von Anfang an anachronistische Züge und trug somit schon bei ihrer Gründung in gewissem Maße den Keim des Scheiterns in sich<sup>143</sup>.

#### 4.3.2. Die Wiedergründung der Deutschen Zentrumspartei in Nordrhein-Westfalen

Bereits am 20. August 1945 fand im Rheinbahnhof zu Düsseldorf eine für die spätere Gründung der Union und die Wiedergründung des Zentrums wichtige Konferenz statt. Von

---

139 „Volk ohne Mitte. Das Zentrum im Kampf“, o.O., o.J. (Essen 1946), 51.

140 Zum Zentrum in Niedersachsen vgl. Karl-Heinz Naßmacher, unter Mitarbeit von Rotraut Conrads (...), *Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen (Studien zur Sozialwissenschaft; Bd. 86)*, Opladen 1989.

141 Vgl. dazu Kap. 4.4., „CDU, Zentrum und katholische Kirche“.

142 Vgl. dazu Kap. 5. „Die Auflösung des katholischen Milieus“.

143 Ute Schmidt formuliert in diesem Sinne noch schärfer: Die Zentrumsverfechter „eröffneten mit ihrer Politik im Sommer 1945 einen Kampf, der bereits 1933 verloren war.“ Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 186.

den Teilnehmern setzten sich Wilhelm Hamacher (1883-1951)<sup>144</sup>, Josef Pötz, Dr. Karl Klein und Richard Muckermann für die Wiedergründung des Zentrums ein, ohne daß es vorerst zum Bruch mit den Unionsanhängern kam. Hamacher wurde sogar in die vorläufige Programmkommission der CDP gewählt und nahm am 2. September an der konstituierenden Versammlung der rheinischen CDP in Köln teil. Zugleich hielt er jedoch am Namen und am Programm des Zentrums fest. Leo Schwering setzte Hamacher darauf ein Ultimatum, der darauf am 6. September 1945 brieflich reagierte und an Schwering schrieb: „ich bin dem Fortschritt nicht abgeneigt, aber meiner ganzen inneren Haltung nach ein Mann konservativer und religiöser Denkungsart, der bestrebt ist, aus dem Glauben zu leben und zu handeln“. An Adenauer schrieb Hamacher, daß bei der Unausgeglichenheit des deutschen Volkes, seiner Neigung zu Extremen, eine „Partei der Mitte“ geradezu eine Lebensnotwendigkeit darstelle; die Mitte sei ein „schöpferisches Prinzip“, wie man es „im Staate Gottes“ von Donoso Cortes theologisch und philosophisch untermauert fände. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, daß Hamacher nicht auf einen Zusammenschluß mit den Protestanten hoffte, die seiner Meinung nach zudem ohnehin nicht zu gewinnen waren. Die Gründung der interkonfessionellen CDP kam ihm wie ein „böser Traum“ vor. Hier kam aber wohl auch das Gefühl zum Ausdruck, selbst zu spät gekommen zu sein.

Hamacher, so Hüttenberger, war vor allem ein Konservativer, ein Mensch, der nicht aus seinem gewohnten Milieu heraustreten mochte. Mit 1945 sah Hamacher eine Chance für eine katholische Führungsrolle gekommen, die nicht „vermanscht“ werden durfte<sup>145</sup>. Die Wiedergründung des Zentrum lag somit völlig in der Konsequenz seinen Denkens und seiner Person.

Bei Sondierungsgesprächen mit katholischen Kirchenvertretern in Köln hatte Hamacher erfahren, daß die Kirche zwar die Zentrums-Neugründung nicht behindern werde, aber ihr nicht uneingeschränkt positiv gegenüberstände. Für ihre reservierte Haltung nannten die Kirchenvertreter drei Gründe: Erstens, daß manche Zentrumspolitiker durch die NS-Zeit politisch belastet seien, zweitens, daß das Zentrum schon vor 1933 nicht grundsatzklar gewesen sei, und drittens, daß eine rein konfessionelle Partei nicht mehr zeitgemäß sei. Obwohl die Zentrumsvertreter von nun an wußten, daß mit einer Unterstützung der Kirche nicht uneingeschränkt zu rechnen war, spekulierten sie darauf, daß sie die Gunst der Bischöfe zurückgewinnen könnten, wenn das „Experiment“ der Union scheitern würde, womit in Zentrumskreisen lange Zeit gerechnet wurde. Vorerst waren sie jedoch weitgehend auf sich allein gestellt.

In Westfalen war es schon im Mai und Juni zu Versammlungen ehemaliger Zentrumspolitiker gekommen. Zur Gruppe um Johannes Brockmann gehörten der ehemalige Generalsekretär der Zentrumspartei in Westfalen, Josef Kannengießer, der Rechtsanwalt Bernhard Reismann, der

---

144 Hamacher war Studienrat aus Troisdorf bei Bonn; vor 1933 Generalsekretär der rheinischen Zentrumspartei. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 1234 Anm. 110.

145 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 212.

Direktor der „Zinopresse“, Fritz Stricker (1897-1949)<sup>146</sup>, die Abgeordnete Helene Wessel (1898-1969) und Pastor Vorholt aus Mecklenbeck. In diesem Kreis dachte man zuerst an eine Erweiterung der Zentrumsbasis, doch nachdem Kannengießer Gespräche mit Vertretern der evangelischen Landeskirche geführt hatte, von denen er mit der Bemerkung zurückkam, es handele sich bei ihnen um „Offiziere ohne Soldaten“, festigte sich der Entschluß, das Zentrum in seiner alten Form wieder aufleben zu lassen.

Der endgültige Entschluß zur Wiedergründung des Zentrums wurde auf der Tagung in Lippstadt am 15. Juli 1945 gefaßt. Vorläufiger Generalsekretär wurde Kannengießer, vorläufiger Vorsitzender Gronowski, beide traten jedoch in den folgenden Wochen zur CDP über. Brockmann drängte daraufhin verstärkt auf eine rasche Konstituierung des Zentrums, um gegenüber der Unionskonkurrenz nicht noch weiter ins Hintertreffen zu geraten. Allerdings kam es erst am 14. Oktober 1945 in Soest (Westfalen) zur offiziellen Wiedergründung der Zentrumspartei - sechs Wochen nach der Konstituierung der rheinischen CDP. Dennoch herrschten „Hochstimmung und Siegeszuversicht“ auf dem Soester Treffen.

Die Atmosphäre der Soester Gründungsversammlung wurde von traditionalistischem Denken geprägt<sup>147</sup>. In seiner programmatischen Rede baute Hamacher „ganz auf der Katholizität auf und steckte somit einen engen Rahmen ab. Praktisch schloß er eine Vereinigung mit protestantischen Gruppen aus, obgleich er immer wieder den überkonfessionellen Charakter der Partei betonte“<sup>148</sup>. Seine zehn Arbeitsziele waren weitgehend identisch mit den „Kölner Leitsätzen der“ CDP (CDU): „Sie forderten die Überführung einzelner Wirtschaftszweige in Gemeinbesitz, das Recht auf Privateigentum, die Förderung des Mittelstandes sowie der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe, eine Wiedergutmachung der NS-Verbrechen und Kriegsschäden und nicht zuletzt die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Weitere Forderungen waren: Religionsfreiheit, Elternrecht, Bekenntnisschule, ‘Schutz von Familie und Ehe’ als ‘Keimzelle des Volkes’ sowie der föderative Aufbau eines republikanischen Staates.“<sup>149</sup> Allgemein im Soester Programm gegenüber dem alten Zentrum eine Verschiebung zum ‘Sozialismus’ statt, wie er auch im Ahlener Programm der Union zum Ausdruck kam. Nach dem Parteitag, auf dem Hamacher zum vorläufigen Vorsitzenden gewählt wurde, Pötz die Leitung des Rheinischen Zentrums übertragen wurde, Klein zum

---

146 Stricker war Verlagsdirektor und seit 1919 Mitglied der Zentrumspartei.

147 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 223.

148 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 83. Zwar waren Union wie Zentrum ihrem Anspruch nach beide interkonfessionell, doch war dies eher eine Übereinstimmung in Worten. Das Plädoyer des Zentrums für die Interkonfessionalität unterschied sich von der Forderung nach dem politisch-pragmatischen Bündnis von Katholiken und Protestanten in der Union wie ein quasi religiös begründeter, ewiger Auftrag von der bloß aktuellen politischen Opportunität. So hatte die CDU aus der Sicht des Zentrums, nur um ihre Basis zu erweitern, prinzipienlos ‘eine unselige Verkettung mit reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Kräften vollzogen’. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 195.

149 Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1209f. Das Parteitagsprogramm ist abgedruckt bei Ossip K. Flechtheim, *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, 9 Bde., Berlin 1963-71, Bd. 7, 244f.

Generalsekretär ernannt wurde und Reismann der Vorsitz des westfälischen Zentrums übertragen wurde, kam es zur Organisation der Partei Zug um Zug in den Kreisen.

Die CDP, die über die Vorgänge in Soest beunruhigt war, fand sich am 10. November 1945 in Düsseldorf zu einem gemeinsamen Treffen mit den Zentrumsvertretern bereit. Während Andreas Hermes auf eine Verschmelzung der Partei zu einer Partei „neuer Art“ drängte, wurden den Zentrumsleuten von anderen Unionsbefürwortern unterstellt, sie wollten die CDU spalten und sie in eine Labour Party im Sinne Schumachers umwandeln. Letztlich versteiften sich die Fronten zwischen Unions- und Zentrumsvertretern mehr als daß man sich näher kam. Nicht erfolgreicher waren zwei im April 1946 von Diözesan Präses Kaspar Schulte organisierte Gespräche, zu dem er je acht Teilnehmer von Zentrum und Union nach Wattenscheid einlud. Während Brockmann seine Ablehnung des damals in der CDU propagierten „christlichen Sozialismus“ zum Ausdruck brachte, und Hamacher auf die 80 jährige Tradition der Zentrumspartei verwies, derentwegen man an dem alten Namen festhalten müsse, zumal die Protestanten ohnehin nicht zu gewinnen seien, vertrat Adenauer die Auffassung, die Jugend bis 35 wisse nichts mehr vom Zentrum, zudem müsse der Kampf auf der gesamten christlichen Front geführt werden. Carl Spiecker (1888-1953)<sup>150</sup>, der ein „entweltanschauliches“ Parteikonzept<sup>151</sup> vertrat, betonte, daß Politik und Religion nichts miteinander zu tun hätten. Politik fuße auf Naturrecht und dürfe nicht christlich „verkleistert“ werden. Deshalb solle die CDU den Zusatz „christlich“ aus ihrem Namen streichen. Für Spiecker stand der Feind nicht links. Er definierte das Zentrum als Partei der Mitte zwischen CDU und SPD<sup>152</sup>.

Auf der Tagung von Werl am 9./10. Februar 1946, konsolidierte sich das westfälische Zentrum, und definierte sich unter dem Einfluß von Carl Spiecker - bei Übernahme der kulturpolitischen wie der sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen des Soester Programms - als „Partei der politischen Mitte“. Das Zentrum sollte ein „Bollwerk der Demokratie und des sozialen Fortschritts“ sein gegen „jene Kreise, die 1918-19 dasselbe

---

150 Dr. Carl (oder Karl) Spiecker war vor 1933 u.a. Zentrums-Parlamentskorrespondent und Staatskommissar in Oberschlesien. 1930 und 1931 war er unter der Regierung Brüning Sonderbeauftragter des Reiches für die Bekämpfung des Nationalsozialismus. Zwischen 1933 und 1945 in der Emigration. Beteiligte sich am Wiederaufbau der Zentrumspartei, deren zweiter Vorsitzender er 1946 wurde. Im Mai 1946 erhielt er die Lizenz für die „Rhein-Ruhr-Zeitung“. Im Dezember 1948 wurde er erster Vorsitzender des Zentrums. Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1236 Anm. 110.

151 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 280.

152 Spiecker vertrat bis ungefähr Ende 1945 das Konzept einer deutschen politischen Mittelpartei nach dem Vorbild der englischen Labour Party. In ihr sollte ein Spektrum von Arbeiterschaft und Mittelschicht in einer weltanschaulich neutralen Mitte-Links-Partei versammelt werden. Das Vorhaben scheiterte an den autonomen Verbandsinteressen der Gewerkschaften, der SPD und der KPD und am mangelnden Zuspruch der traditionellen Zentrumsbefürworter. Auch war die Lizenzierungspraxis der Alliierten - wie oben dargelegt - mit dafür verantwortlich zu machen, daß in erster Linie traditionelle Organisationen Aussicht auf Erfolg hatten. Der neue Ansatz hatte kaum Zeit, sich bekannt zu machen. Dennoch übte das Labour Party-Konzept eine kurze Zeitlang im katholischen Lager eine Faszination aus, der sich anfangs auch manche Protagonisten der CDU nicht entziehen konnten. Vgl. Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 159-175.



Experiment gemacht hätten, das heute die CDU mache, die als Nachfolgerin der 'Harzburger Front' einzustufen sei"<sup>153</sup>.

Um die Politik Spieckers kam es in den ersten Nachkriegsjahren wiederholt zu nachhaltigen Auseinandersetzungen. Während Hamacher eine Form des katholischen Solidarismus anvisierte, wollte Spiecker - der auf dem ersten Parteitag des Zentrums in Essen-Steele am 9./10.März 1946 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt wurde - das katholische Element der weltanschaulichen Basis „verdünnen“, die Partei liberalisieren und ihre sozialen Grundlagen verbreitern. Die Frage nach Selbstverständnis und Identität des Zentrums war für die Partei in den ersten Nachkriegsjahren von zentraler Bedeutung. Für die beiden Hauptrichtungen stehen Hamacher und Spiecker. Während Hamacher eine traditionelle, „weltanschaulich“ geprägte Vorstellung vom Zentrum hatte, verfolgte Spiecker eine als „Essener Richtung“ bezeichnete Politik der Erweiterung der sozialen Basis der Partei. Diese ging

sowohl von der prinzipiellen Gleichberechtigung verschiedener Weltanschauungen bei der Gestaltung der Politik als auch davon aus, daß sich Christen in mehreren Parteien organisieren könnten. Demzufolge wandte sie sich gegen die Plakatierung einer einzelnen Partei als christlich.<sup>154</sup>

Der Ansatz Spieckers blieb letztlich nur für einen Teil der Zentrumsbasis nachvollziehbar. Die Mehrheit, die noch den Denkmustern der katholischen Kampfzeit verbunden war, „blieb der Ansatzpunkt Spieckers - daß nämlich die Katholizität allein keineswegs eine einheitliche politische Richtung verbürge, man sich also zur Durchsetzung gemeinsamer politischer Ziele auf eine möglichst breite sittliche Handlungsnorm beziehen müsse - letztlich nicht nachvollziehbar“<sup>155</sup>. Hamacher konnte sich zwar auf dem Delegiertentag des rheinischen Zentrums am 1./2. Juni 1946 - auf dem er zum Vorsitzenden gewählt wurde - gegen Spiecker durchsetzen, doch bot seine Erkrankung Spiecker die Möglichkeit, aus seinem Schatten herauszutreten. Auf dem Parteitag in Werl am 16./17. November 1946, auf dem das zuvor ausgearbeitete Parteiprogramm, das stark von Spiecker beeinflusst worden war, angenommen wurde, kam es noch nicht zum Bruch der Partei. Doch wurde das Zentrum durch den inneren Konflikt, der kaum öffentlich ausgetragen wurde, zunehmend gelähmt. Dennoch kam es auf der Grundlage der programmatischen Konsolidierung vorerst zu Verfestigung des inneren Gefüges der Partei. So konnte auf dem Parteitag in Recklinghausen, nachdem die Mitgliederzahlen des Zentrums zwischen Anfang 1947 bis Ende 1947 von 41.732 Mitgliedern auf 53.977 angestiegen waren, ein positiver Finanzbericht vorgelegt werden, obgleich sich die finanzielle Situation 1948 nach der Währungsreform erheblich verschlechterte, so daß viele Kreisverbände ihre Beiträge nicht mehr bezahlen konnten, die Gehälter der Parteiangestellten reduziert und mehrere hauptamtlich Beschäftigte entlassen werden mußten<sup>156</sup>. Die Verbände

---

153 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 88.

154 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 239.

155 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 247.

156 Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1231.

in Schleswig-Holstein, Bremen und Hessen konnten sich schon nicht mehr tragen. Das Zentrum geriet in die Krise.

Der schwelende Konflikt zwischen den Anhängern Hamachers und Spieckers entschied sich endgültig erst auf dem außerordentlichen Parteitag in Oberhausen (Kolpinghaus) am 30. Januar 1949. Mit der Begründung, er wolle nicht „Führer einer ‘Sekte’“ sein, verließen Spicker und einige seiner Anhänger, darunter Steffensmeier und Muckermann, die Partei und traten zur Union über. Ihr Übertritt wurde auf einer gemeinsam mit Arnold organisierten Tagung in Essen am 10. April 1949 offiziell bekanntgegeben<sup>157</sup>.

Angesichts mancher Parallelen zwischen CDU und Zentrum stellt sich die Frage, warum es nicht zur Fusion der beiden Parteien gekommen ist. Für eine Antwort muß geklärt werden, welche Interessen für oder gegen ein Zusammengehen sprachen.

Hauptziel des Unions-Vorstandes bei den Verhandlungen mit dem Zentrum in der britischen Zone war es, das wiedergegründete Zentrum zu desavouieren und seine Konsolidierung zu verhindern<sup>158</sup>. Karl Arnold erhoffte, durch eine Fusionierung mit der Essener Richtung, also dem Spiecker-Kreis, den linken Flügel der CDU zu verstärken, was naturgemäß zu einer kritischen Haltung bei Adenauer führte. Dieser hatte schon eine Solidarisierung von Jakob Kaiser und Spiecker befürchtet, eine Behauptung, die einen wahren Kern besaß, denn beide strebten eine soziale Neuordnung in Europa an - Kaiser im Sinne eines „christlichen Sozialismus“, Spiecker im Sinne eines auf dem Naturrecht begründeten allgemeinen Sozialismus -, die Adenauer zuwider lief. Adenauer wollte ohnehin den Eindruck vermeiden, die CDU sei keine geschlossene Partei. Sein Ziel war es, die CDU im Mitte-Rechts-Spektrum anzusiedeln, während Arnold eine Position im Mitte-Links-Spektrum anvisierte. Annäherungen Arnolds, der dem Zentrum am 5. Februar 1947 einen Vorschlag zur Fusion unterbreitete, wurden jedoch vom Zentrum zurückgewiesen. Stricker hielt die Zeit noch nicht für gekommen; sie sei erst reif, wenn die CDU ihren „Rechtsüberhang“ abgestoßen habe.

Die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und CDU wurden mitunter sehr hart geführt: So machte die Union dem Zentrum den Vorwurf, ein „Anhängsel der SPD“ zu sein, nachdem die Abgeordneten des Zentrums bei der Sozialisierungsdebatte im Landtag von Nordrhein-Westfalen am 4. März 1947 zwar den Anträgen der CDU zugestimmt, aber auch den SPD-Dringlichkeitsantrag, der die Überführung bestimmter industrieller Bereiche in öffentliches Eigentum forderte, unterstützten hatten. Es sei das „zweifelhafte Verdienst“ des Neuzentrums, so die CDU, in einem Land mit überwiegend christlicher Bevölkerung eine „christliche Mehrheit“ im Landtag verhindert zu haben.<sup>159</sup> Tatsächlich waren die Annäherungsversuche Arnolds an das Zentrum auch dadurch motiviert, eine gemäßigte Sozialisierungslösung durchzusetzen, was den beiden Parteien, die zusammen die Mehrheit besaßen, gelungen wäre.

---

157 Auch einige Orts- und Landesgruppen entschieden sich zum Übertritt, so die Bremer Zentrumsparlei (248 Mitglieder), die am 18. Januar 1949 geschlossen zur SPD übertrat, besonders um gegen den „CDU-Wirtschaftsliberalismus“ zu demonstrieren.

158 So Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 260.

159 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 268f.

Die Verhandlungen führten bei den meisten Zentrumswählern zu negativen Reaktionen. Besonders hoch schlugen die Wellen, als am 25. Mai 1948 der Briefwechsel zwischen Arnold und Spiecker veröffentlicht wurde, in dem die beiden die Fusion ihrer Parteien als „sittliche Pflicht und als staatspolitisch notwendige Haltung“ bezeichneten<sup>160</sup>.

Die Führung des Zentrums entschloß sich auf ihrer Hauptvorstandssitzung am 10. Juni 1948 endgültig gegen eine Fusion mit der CDU. Hamacher vertrat die Meinung, daß die Stunde des Zentrums noch bevorstünde. Besonders seinem Einfluß ist die Entschliebung zuzuschreiben, die jede Verschmelzung mit der Union ablehnte, und auch lokale Absprachen von der Genehmigung der Parteileitung abhängig machte. Auf dem Oberhausener Parteitag stellten die Zentrumsanhänger um Brockmann Bedingungen für den Übertritt in die CDU: Es sollte keine Betätigung von Geistlichen in der fusionierten Partei geben; alle ehemaligen Mitglieder rechtsradikaler Parteien sollten ausgeschlossen werden; Mitglieder, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatten, sollten keine führenden Ämter bekleiden; die Partei in Nordrhein-Westfalen sollte in „Christlich-Soziale Union“ umbenannt werden. Stricker, der Landesvorsitzende der DZP in Nordrhein-Westfalen, vertrat jedoch die Meinung, daß 90 % der Landes- Bezirks und Kreisvorstände sich gegen die Fusion stellen würden. Tatsächlich wurde dann, wie erwähnt, Spieckers Vorschlag mit überwältigender Mehrheit von 239 Nein-Stimmen bei 26 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt. Spiecker gab daraufhin den Parteivorsitz an Stricker ab.

Über die Motive Spieckers - von programmatischen Fragen abgesehen -, läßt sich nur spekulieren. In erster Linie werden es pragmatische Erwägungen gewesen sein, die ihn für die Fusion plädieren ließen. Er wandte sich von dem Zentrum ab, als er erkannte, daß die Partei ihre konfessionelle und regionale Begrenzung nicht mehr durchbrechen würde. Nach dem Übertritt der Fusionsbefürwortern blieb nur eine eingeschrumpfte, homogene Partei zurück.

Während die Zentrumsführung die Fusion ablehnte, bahnte sich zur Jahreswende 1948/49 bei Adenauer ein Meinungsumschwung an. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum ersten Bundestag (15. August 1949) hoffte der CDU-Vorsitzende, daß durch eine Fusionierung der beiden Parteien die Chancen der Union, aus den Wahlen als stärkste Partei hervorzugehen, vergrößert würden. Zudem hatte die CDU bei den Landtagswahlen 1948 relativ schlechte Ergebnisse besonders in den Ländern mit hohem katholischem Bevölkerungsanteil erzielt. Adenauers Initiative, der bis dahin darauf vertraut hatte, daß das Zentrum von seinen inneren Konflikten aufgerieben werden würde, kam jedoch zu spät. - Nach dem Oberhausener Parteitag waren nur noch die „nicht mehr bindungsfähigen Reste der alten katholischen Milieupartei“<sup>161</sup> übriggeblieben.

---

160 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 271.

161 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 287.

#### 4.4. CDU, Zentrum und katholische Kirche

Vielleicht der größte Vorteil, von dem die CDU gegenüber dem Zentrum profitierte, war die Unterstützung der katholischen Kirche<sup>162</sup>. Für das Zentrum, das sich trotz Differenzen mit dem Klerus stets als Interessenvertretung der katholischen Kirche verstanden hatte, war jedoch das Vertrauen der Kirche für seine Selbstlegitimation von zentraler Bedeutung. Als deutlich wurde, daß mit einem kirchlichen Rückhalt auch in Zukunft kaum gerechnet werden konnte, geriet das Zentrum in eine tiefe Identitätskrise.

Wahrscheinlich fiel die Entscheidung der Bischöfe gegen das Zentrum bereits auf der Bischofskonferenz von Fulda (21.-27. August 1945). Die Bischöfe glaubten, daß das Zentrum im Kampf gegen Linkstendenzen und Säkularisierung gegenüber der Union der schwächere Verbündete sein würde. Sie orientierten sich deshalb mit der Mehrheit der bekennnistreuen Christen auf die interkonfessionelle Form katholisch-kulturpolitischer Interessenvertretung um. Säkularisierung wurde dabei von den Bischöfen weniger als ein soziologisch-industrielles Problem, sondern als ein philosophisch-geistesgeschichtliches, wie Peter Hüttenberger kommentiert<sup>163</sup>.

Die Favorisierung der CDU durch die katholische Kirche bedeutete auch eine Abkehr vom politischen Katholizismus traditioneller Prägung bei gleichzeitiger Hinwendung zur „Christlichen Demokratie“ (Hans Maier). Zwar wurden wesentliche Forderungen in kirchlichen, Ehe- und Erziehungsfragen übernommen und das konkrete Freiheitsprogramm, das auf der Unabhängigkeit von Staat und Kirche basiert, beibehalten. Der wesentliche Unterschied lag in der Akzeptanz der demokratischen Gesellschaftsform, denn während die christliche Demokratie an die Demokratie als ein Faktum von providentieller Bedeutung glaubt, sieht der politische Katholizismus in ihr vor allem ein Experimentierfeld praktischer Politik.<sup>164</sup> Das Arrangement der katholischen Kirche mit der entstehenden bundesrepublikanischen Gesellschaft war somit auch ein Kennzeichen für den Paradigmenwechsel vom politischen Katholizismus zur christlichen Demokratie. Der Kirche sah in der Demokratie nicht mehr - wie noch bis zum Ersten Weltkrieg, teils auch noch später - nur eine Gefährdung ihres Einflusses, sondern auch eine Garant für ihre Freiheit in einer sich zunehmend entchristlichenden Welt. Dahinter stand ein allgemeines Prinzip, das auch für vergleichbare Entwicklungen in anderen Ländern gilt, wie Hans Maier dargelegt hat:

Christliche Demokratie entsteht dort, wo sich die Absicht des politischen und sozialen Katholizismus mit einer geschichtsphilosophischen Konzeption trifft, die in der Demokratie nicht nur die

---

162 Allerdings wurde deren Spielraum durch das Besatzungsregime begrenzt. In den fünfziger Jahren nahmen - im Zusammenhang mit der Lockerung der Geschlossenheit des organisierten Katholizismus und der zunehmenden Auflösung der „historisch einmaligen kulturellen Stellung“ des Katholizismus und seines spezifischen „Milieus“ - die Möglichkeiten und das Gewicht der kirchlichen Einflußnahme auf politische Entscheidungen noch weiter ab.

163 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 57.

164 Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 31.

providentielle Staats- und Gesellschaftsform des christlichen Zeitalters, sondern auch die sicherste Bürgschaft für die Freiheiten der Kirche sieht.<sup>165</sup>

Angesichts der theologisch fundierten Haltung der Kirche zur Politik und zur Demokratie verwundert es nicht, daß die christlich-demokratischen Parteien, die ihre Politik letztlich naturrechtlich begründen, keine klare Position im Parteienspektrum von rechts nach links haben. Das zeigt auch die Diskussion, die es innerhalb und außerhalb der CDU über die „Mitte“ gegeben hat. Als „Weltanschauungspartei“ ist auch die Union eine „Gemeinsamkeit von Menschen, die aus einer gleichen - vorpolitischen - Überzeugung heraus den Weg in die Politik eingeschlagen haben“<sup>166</sup>. Freilich läßt sich in der Tendenz feststellen, daß in der Union eine Verdünnung christlicher Vorstellungen weit vorangetrieben wurde; vielen erscheint sie daher als eine „Weltanschauungspartei ohne Weltanschauung“.

Während sich die Zentrumsführung stets um die Unterstützung der Kirche bemüht hatte, versuchten die Unionsgründer den kirchlich-katholischen Einfluß auf die Politik der Union herauszuhalten. Die Distanz zu den kirchlichen Forderungen war, wie Ute Schmidt meint, eine Überlebensfrage für die Union als bürgerlich-interkonfessionelle Sammlungspartei. Gleichwohl hatten die Unionsgründer gegen offene klerikale Unterstützung für die Partei aus politisch-taktischen Gründen nichts einzuwenden<sup>167</sup>. Das Zentrum hingegen hatte Schwierigkeiten, sich im Spannungsfeld von katholischer Kirche und CDU zu konsolidieren. Die Partei beharrte auf ihrer Eigenständigkeit selbst dann noch, als ihr die Unterstützung der katholischen Kirche entzogen worden war. Eine katholische Politik gegen das Votum der Bischöfe ließ sich jedoch nicht realisieren, schon deshalb, weil für viele Zentrumsleute das Zentrum *per definitionem* der politische Arm der katholischen Kirche war. Die Umorientierung des Klerus auf die Unionsidee wurde hingegen immer offener zum Ausdruck gebracht. So votierte der Bischof von Hildesheim am 6. Februar 1946 - zwei Tage vor der Lizenzierung des örtlichen Zentrums - offen für die CDU, in der das Zentrum aufgehen sollte. Es gehe darum, den bischöflichen, das heißt den kirchlich-katholischen Einfluß auf die Hildesheimer CDU zu wahren und die Einigkeit der Katholiken zu erhalten. Im übrigen hätten sich alle Bischöfe gegen die Wiedergründung des Zentrums entschieden. Der Bischof gab zu verstehen, daß er die Union nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern aus augenblicklichen Zweckmäßigkeitgründen vorziehe; er rechne mit ihrem baldigen Zerfall<sup>168</sup>. Letztere Aussage hatte wohl eher taktische Gründe, um die Zentrumsbefürworter nicht zu verschrecken. Allerdings war Johannes Brockmann im Februar 1946 durchaus noch der Meinung, daß die Kirchenvertreter ihre Haltung gegenüber dem Zentrum ändern könnten; allerdings müsse das Zentrum seiner Meinung nach, wenn nötig auch ohne Unterstützung der Kirche, als Partei auftreten<sup>169</sup>. Zugleich protestierte er in einem Brief an die deutsche

---

165 Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 31.

166 Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 24.

167 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 181.

168 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 229.

169 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 234.

Bischofskonferenz gegen das offene Eintreten einiger Bischöfe für die CDU. Auch von hier bekam Brockmann die Antwort, daß das Engagement mancher Kirchenvertreter rein taktische Gründe hätte. Brockmann wurde aufgefordert, das Zentrum fallenzulassen und eine Verschmelzung mit der CDU in die Wege zu leiten, um vereint gegen den gemeinsamen „Feind“, der links stehe, vorzugehen. Begründet wurde das Votum der Kirche für die CDU von Kardinal Frings - der in diesem Jahr Mitglied der Union wurde - damit, daß Brockmanns Partei „den Nachteil [habe], zu spät auf dem Plan erschienen zu sein, als bereits an vielen Orten die CDU sich konstituiert hatte.“<sup>170</sup>

Obwohl das Zentrum von der Kirche keine Unterstützung zu erwarten hatte, setzte es sich weiterhin konsequent für spezifisch katholische Interessen ein: für die katholische Bekenntnisschule, für die konfessionelle Lehrerbildung, für die katholische Auffassung des „Elternrechts“ und für die Verwirklichung einer christlichen Sozialordnung im Sinne der katholischen Soziallehre. Vor diesem Hintergrund lehnte es 1949 das Grundgesetz ab, weil darin zentrale katholische Forderungen wie das Elternrecht nicht verankert waren. Diese Politik brachte ihr bis zur Bundestagswahl sowie in den nordrhein-westfälischen und teilweise den niedersächsischen Kommunalwahlen bis 1952 noch beachtliche Stimmerfolge<sup>171</sup> ein und blieb in einzelnen Gebieten bis 1953 sogar noch eine starke Konkurrenz für die CDU<sup>172</sup>. Die Kirche versuchte daher sogar zu Beginn der fünfziger Jahre das Zentrum als Druckmittel gegen die CDU zu nutzen, um den Einfluß liberalistischer Tendenzen zurückzudrängen. Aufgrund dieses Drucks kam es sogar zu vereinzelt Wahlabsprachen, so zur Bundestagswahl 1953, wo Brockmann von der CDU in Oberhausen ein Direktmandat zugesichert wurde, während seine Partei im Gegenzug auf die Nominierung eigener Kandidaten in allen übrigen Wahlkreisen verzichtete. Letztlich war dadurch jedoch der Niedergang der Zentrumspartei nicht aufzuhalten. „Mitgliederschwund, Überalterung und die Tatsache, daß es ihr nicht gelungen war, ihr Wählerreservoir zu halten geschweige denn zu erweitern, zwangen die Zentrumspartei in den fünfziger Jahren nicht nur zu Wahlabkommen mit der CDU, sondern auch zu Bündnissen und Fusionen mit anderen Parteien, um dem drohenden Assimilierungsprozeß an die CDU entgegenzuwirken.“<sup>173</sup> Dem Zentrum, das nach dem Abgang der Spiecker-Anhänger von den Traditionalisten dominiert wurde, gelang es zudem nicht auf die konkrete sozialpolitische Realität nach dem Zweiten Weltkrieg Bezug zu nehmen<sup>174</sup>. Zwar besteht es bis heute weiter, ist aber Landes- und Bundesweit ohne jegliche parteipolitische Bedeutung (Landtagswahlen Nordrhein-Westfalen 1985: 0,0 %; Europawahlen 1984: 0,4 %).

---

170 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 86; Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 240.

171 Vgl. Kap. 7.2 „Wahlen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1947 und 1953“ und Kap. 7.3 „Wahlergebnisse der DZP“.

172 Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1204.

173 Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1207.

174 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 242.

Die Gründe für den Erfolg der Union und den Niedergang des Zentrums sind gewiß nicht nur bei der katholischen Kirche zu suchen. Aber die Kirche im nordrhein-westfälischen Raum bildete doch den Raum, in dem die junge Partei ihre ersten Schritte machte. In vielen Fragen war sie der „*spiritus rector*, dessen Einfluß bis in die Sprache der Parteiprogramme und in zahllose Parteischriftstücke zu spüren ist“<sup>175</sup>.

## 5. DIE AUFLÖSUNG DES KATHOLISCHEN MILIEUS

Die Gründung der Union wurde durch das Näherrücken der Konfessionen und die reale Erfahrung im Umgang mit Angehörigen des anderen Bekenntnisses begünstigt. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht im Sinne einer kausalen Zuordnung zu verstehen. So hat Klaus Gotto darauf hingewiesen, daß die CDU/CSU-Gründung erfolgt sei, bevor die neuen demographischen Fakten hätten wirksam werden könne. Der entscheidende Grund für die Entstehung einer interkonfessionellen Partei sei in der Erfahrung der gemeinsamen Verfolgung und des gemeinsamen Widerstehens im Dritten Reich zu suchen<sup>176</sup>. Dies ist ein von der Forschung allgemein geteiltes Verständnis. So schreibt Hans Maier, daß „erst die veränderte Lage nach dem Zweiten Weltkrieg und die engere Verbindung der Konfessionen, die im Kampf gegen den Totalitarismus entstanden war, (...) Bedingungen geschaffen [haben], die der Christlichen Demokratie den Vorstoß über die Grenzen der Konfession, den Durchbruch zur Massenpartei erlaubten“<sup>177</sup>. Zudem hatte es bereits zuvor religiös motivierte Annäherungsversuche gegeben. Durch die demographischen Umschichtungen als Folge der Massenzuwanderung der Flüchtlinge und Vertriebenen hat sich das konfessionell-geographische Gefüge Rest-Deutschlands jedoch innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums verändert. Allerdings reichen die Anfänge der Auflösung des konfessionellen Milieus bereits in die Zeit vor 1945 zurück:

Die Abschleifung des großen konfessionellen Gegensatzes im politischen Raum ist vor allem die Folge eines längerfristigen historisch-politischen und sozialstrukturellen Veränderungsprozesses, an dem sich sowohl die katholischen als auch die protestantischen Kirchenvertreter weitgehend reaktiv orientierten.<sup>178</sup>

---

175 Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen ...* (Anm. 16), 58.

176 Vgl. die Diskussionsbeiträge von Hans Braun und Klaus Gotto in: *Kirche und Katholizismus 1945-1949...* (Anm. 20), 135f.

177 Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 18.

178 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 144f. Die sozialstrukturellen Veränderungen waren schon auf die alte Zentrumspartei nicht ohne Auswirkungen geblieben: „‘Zögernd und Widerwillig’ verwandelte sich die Zentrumspartei in eine ‘nationaldemokratische Integrationspartei’“; zugleich wurde sie für soziale Fragen sensibilisiert. Vgl. ebd. 74.

Die Gründung der Union ist somit auch vor dem Hintergrund dieser lang- und kurzfristigen demographischen Umschichtungen zu sehen. Die konfessionellen Durchmischung betraf sowohl die protestantischen wie die katholischen Milieus. So blieben zum Beispiel in Bayern 1946 von 1424 Gemeinden mit rein katholischer Bevölkerung nur noch 9 übrig, von den 140 rein protestantischen sogar keine einzige. Eine parallele Entwicklung vollzog sich bei den Mischehen: 1947 kamen in München auf 100 katholische Ehen ca. 51 Mischehen. Das Ausmaß dieser erzwungenen „gesellschaftlichen Mobilisierung“<sup>179</sup> (Hans Braun) soll im Folgenden in seinen Grundzügen umrissen werden.

### 5.1. Gesellschaftliche Mobilisierung nach 1945

Nach der Volkszählungen vom 29. Oktober 1946 lebten 9,593 Millionen Heimatvertriebene in den vier Besatzungszonen, davon stammten 5,64 Millionen Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Diese Zahl stieg in den folgenden Jahren noch an, weil die Ausweisungen weiter anhielten und die entlassenen Kriegsgefangenen nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren konnten. So wurden bei der Volkszählung vom 13. September 1950 (Bundesrepublik) bzw. 31. August 1950 (DDR und Ost-Berlin) 6,98 Millionen aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße Vertriebene in der Bundesrepublik, der DDR und Berlin gezählt, davon befanden sich 4,6 Millionen in der Bundesrepublik und West-Berlin. Die Flüchtlinge verteilten sich sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Zonen, was eine Folge der Potsdamer Beschlüsse war, auf deren Grundlage die Vertriebenen schematisch und unter Absehung von bestehenden Konfessionsverhältnissen auf die vier Besatzungszonen verteilt wurden. Nach der Volkszählung vom 13. September bzw. 31. August 1950 (Bundesrepublik bzw. DDR und Ost-Berlin) waren 20,8% der Bevölkerung der sowjetischen Zone Flüchtlinge, hingegen nur 16,3% der amerikanischen, 13,9% der britischen und lediglich 1,5% der französischen, letzteres eine Folge des bis 1949 geltenden Zuzugsverbots<sup>180</sup>. Innerhalb der

---

179 „Gesellschaftliche Mobilisierung meint (...) die durch die Kriegereignisse bedingte Bevölkerungsumsetzung von städtischen in ländliche Gebiete sowie die als Flucht und Vertreibung sich manifestierenden Bevölkerungsbewegungen, die im großen und ganzen entlang der Ost-West-Achse erfolgten. Bis Ende 1945 gelangten in das Gebiet der westlichen Besatzungsmächte annähernd 2,5 Millionen Vertriebene.“ Hans Braun, „Demographische Umschichtungen im deutschen Katholizismus nach 1945“, in: *Kirche und Katholizismus 1945-1949...* (Anm. 20), 9-25, hier: 9. Die folgenden Angaben folgen der Statistik bei Braun und den Angaben von Johannes-Dieter Steinert, „Die große Flucht und die Jahre danach“, in: *Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995, 557-579.

180 Nach Steinert waren die Ursachen dafür sicherheitspolitische Überlegungen der französischen Regierung und deren Furcht vor Unruhen im Grenzgebiet. Zudem wollte man eine „Verdichtung“ der deutschen Bevölkerung vermeiden, um einer Neuauflage der „Lebensraum“-Ideologie keinen Boden zu bereiten. Steinert, „Die große Flucht“... (Anm. ), 560. Die Behauptung, die Abriegelung der französischen Zone ginge auf eine Initiative der französische Geistlichkeit zurück, die angeblich den Zufluß von Protestanten verhindern wollte, wurde von Rudolf Morsey 1977 in den „Bereich der Legende“ verwiesen. *Kirche und Katholizismus 1945-1949...* (Anm. 20), 134.



Zonen waren die Unterschiede noch ausgeprägter: Während die Stadtstaaten aufgrund der großen Zerstörungen nur wenige Flüchtlinge aufnehmen konnten - Hamburg 3,9% (1946) bzw. 7,2% (1950), Bremen 5,2% bzw. 8,6% -, befanden sich in den großen Flächenstaaten wie Schleswig-Holstein 32,2% bzw. 33,0%, in Bayern 18,9% bzw. 21,1%, in Mecklenburg gar 42,2% (1946) und in Sachsen 12,3% (1946). Im Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalens lebten 1946 - wie bereits zuvor erwähnt - 577.000 Hinzugezogene aus Schlesien, Ostpreußen und der sowjetischen Zone; insgesamt 1.331.959 Menschen, was einem Anteil von 10,1% an der Gesamtbevölkerung entsprach<sup>181</sup>. Der Volkszählung 1950 zufolge, lebten die meisten Flüchtlinge, nämlich 55%, in Gemeinden unter 5000 Einwohnern, ca. 25% in Gemeinden zwischen 1000 und 3000 Einwohnern, und lediglich 19,8% in Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern.

Zur konfessionellen Zusammensetzung der Vertriebenen: Nach Hans Braun waren von den bis 1947 nach Restdeutschland eingeströmten Flüchtlingen fast die Hälfte Katholiken, die aus Nordostdeutschland, Schlesien, dem Sudetenland, Südosteuropa, dem Baltikum und Innerpolen stammten. In der amerikanischen Zone befanden sich 2,04 Millionen katholische Flüchtlinge, in der sowjetischen 1,95 Millionen, in der britischen 1,13 Millionen, in der französischen 30.000. Der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung in den drei Westzonen erhöhte sich kaum (1939: 45,8; 1946: 45,9%), hingegen in der sowjetischen Zone von 6,1% (1939) auf 12,2% (1946). Dennoch kann allgemein von einer „Auflockerung traditioneller konfessionshomogener Gebiete“ (Braun) gesprochen werden. Da die Umschichtungsprozesse nicht so dramatisch waren, wie vielfach angenommen, lag auch daran, daß das demographische Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten in der Gesamtbevölkerung nur wesentlich anders war als bei den Flüchtlingen. Allerdings konnte es zu erheblichen landesspezifischen und regionalen Unterschieden kommen: So kamen weit mehr katholische Flüchtlinge in überwiegend evangelischen Bundesländern wie Hamburg oder Niedersachsen unter, als es dem Anteil der alteingesessenen Katholiken an der Gesamtbevölkerung entsprach. Diese Tatsache war besonders auf die unterschiedliche konfessionelle Zusammensetzung der einzelnen Vertriebenengruppen zurückzuführen, so bestand die landsmannschaftliche Gruppe der Sudetendeutschen zu 90% aus Katholiken.

Zwar wurden in keinem der Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik die Heimatvertriebenen in konfessionell rein anders strukturierten Gebieten angesiedelt, aber erheblich verändert wurde innerhalb der Gemeinden und Kreise der Umfang der beiden Konfessionsgruppen und damit ihr Verhältnis zueinander. Global, auf das Gebiet der Bundesrepublik umgerechnet, veränderte sich das Verhältnis der Konfessionsgruppen nicht zueinander: Die Zahl der Protestanten nahm von 1939 bis 1950 von 49,6% auf 51,2% zu, die Zahl der Katholiken nahm leicht ab, nämlich von 45,8% auf 45,2%. Das Gesamtverhältnis der Konfessionen zeigt also eine erstaunliche Stabilität. Anders dagegen, wenn man die Bevölkerung im ehemaligen Deutschen Reich mit der Bevölkerung in der Bundesrepublik

---

181 Steinert, „Die große Flucht“... (Anm. 179), 576 Anm. 23.

vergleicht: 1933 stellten die Katholiken 32,9%, 1950 hingegen 45,2% - eine deutliche Annäherung an ein konfessionelles Gleichgewicht., das für das Selbstbewußtsein der Katholiken in der Bundesrepublik gewiß eine große Rolle gespielt hat.

Beide Kirchen haben sich früh der Heimatvertriebenen angenommen<sup>182</sup>. Die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Heimaten in Ost- und Südost-Europa warf allerdings für die Kirchen große Probleme auf, die aufgrund verschiedener Ursachen nicht immer befriedigend gelöst werden konnten, und Kritiker - zum Beispiel Carl Amery - daher gar von einem „Versagen des deutschen Katholizismus“ sprechen ließ. Auf die Argumente, die für oder gegen diese Kritik sprechen, und auf die organisatorischen und geistigen Probleme, die sich für die katholische Kirche aus den demographischen Wandlungen ergaben, kann und braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Teilweise handelte es sich um Integrationsprobleme, die weniger religiöse Ursachen hatten, sondern bei denen es sich „um ganz elementare Gegensätze von Einheimischen und Fremden“<sup>183</sup> handelte. Durch die plötzliche Vergrößerung der Gemeinden fehlte es häufig an den nötigen kirchlichen Unterbringungen. So kam es in vielen Gebieten zur wechselseitigen Zurverfügungstellung von Kirchenräumen für die Gottesdienste der anderen Konfession. Gewiß haben dieses und ähnliche Erlebnisse aus der Zeit der Vertreibung das allgemeine Klima im Verhältnis zwischen Katholiken und Protestanten in der späteren Bundesrepublik günstig beeinflusst<sup>184</sup>.

Abschließend läßt sich sagen, daß sich durch die Bevölkerungsverschiebung das konfessionelle Gesicht Deutschlands nachhaltig verändert hat. Waren noch 1939 die Territorialgrenzen zwischen den verschiedenen Konfessionen deutlich sichtbar, so wurden die Konfessionsgrenzen nach 1945 zwar nicht aufgehoben, aber doch zumindest verwischt. Diese Verwischung ging mit dem Abbau von Konfessionsgrenzen auf der persönlichen Ebene einher. So stieg, wie bereits angedeutet, die Zahl der Mischehen. Die Bereitschaft Mischehen zu schließen war bei den Zugezogenen zudem erheblich höher als bei den Einheimischen. So lag in Nordrhein-Westfalen 1952 bis 1954 der Prozentsatz der gemischt heiratenden katholischen Heimatvertriebenen bei 36% gegenüber 25% der katholischen Gesamtbevölkerung.

Das neue konfessionelle Bild zwang die Katholiken, von dem „Ghetto-Dasein“, aus dem Bachem mit seinem berühmten Ausspruch den Ausweg zeigen wollte, endgültig zu verabschieden. Als eine gesellschaftliche Gruppe, die annähernd die Hälfte der Bevölkerung ausmachte, war diese Einstellung anachronistisch geworden. Auch war die politische Partei, mit der sich jetzt die meisten Katholiken identifizierten, keine politische Minderheit mehr: „Dem deutschen Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland fehlen alle äußeren Anlässe und zunehmend auch alle inneren Voraussetzungen für ein Ghetto-Dasein.“<sup>185</sup> Die Katholiken und die katholische Kirche mußten neue Aufgaben im sozialen, religiösen und

---

182 Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland...* (Anm. 10), 192.

183 Braun, „Demographische Umschichtungen ...“ (Anm. 179), 20.

184 Braun, „Demographische Umschichtungen ...“ (Anm. 179), 25.

185 Forster, „Der deutsche Katholizismus ...“ (Anm. 30), 250.

politischen Bereich entgegensehen, von denen die Herausforderung des interkonfessionellen Staats nicht die geringste war. Aufgaben und Chancen der Katholiken angesichts der „Normalität der Moderne“ (Karl-Egon Lönne) hat Kardinal Joseph Höffner in diesem Sinne wie folgt charakterisiert:

Die deutschen Katholiken leben in einer 'pluralistischen Gesellschaft', was Tag für Tag zum Dialog und zur Auseinandersetzung zwingt. Toleranz und Zusammenarbeit werden von den deutschen Katholiken als notwendig erachtet, weil sich die Katholiken aus der Kraft ihres Glaubens für das Gemeinwohl des ganzen Volkes mitverantwortlich fühlen. Es wäre übrigens irrig, unter den 'Andersgläubigen' nur die Protestanten zu verstehen. In der modernen Gesellschaft sind - neben den beiden Konfessionen - liberalistische, humanistische Bewegungen entstanden, mit denen die Katholiken sich geistig und praktisch auseinandersetzen müssen.<sup>186</sup>

## 6. SCHLUBBETRACHTUNG

Der Auszug der christlichen Demokraten aus dem Ghetto der Konfessionspartei ist von der Öffentlichkeit mit unterschiedlichen Gefühlen aufgenommen worden. Kritisiert wurde vor allem von theologischen Kritikern aus protestantischen Kreisen mit unterschiedlicher Schärfe der ihrer Meinung nach gefährliche Säkularismus des Experiments. Politiker haben vor allem den allzu revolutionären oder allzu reaktionären Charakter der neuen Partei getadelt. Entsprechende Kritik ist den anderen christlich-demokratischen Parteien in europäischen Nachbarländern entgegengebracht worden: So bezeichnete der katholische Philosoph und Publizist Emmanuel Mournier das „plötzliche Anschwellen der christlich-demokratischen Parteien in ganz Europa“ als „ein Geschwür am kranken Körper der Christenheit“; der französische Sozialistenführer Guy Mollet hingegen hat - ähnlich wie Martin Niemöller in Deutschland - das Wort vom „Vatikanischen Europa“ als einer drohenden Gefahr in Umlauf gebracht.<sup>187</sup>

In gewisser Hinsicht korrespondiert die zwiespältige Kritik mit der inneren Heterogenität der christlichen Union und ihrem „neuen, in sich pluralen Ansatz“<sup>188</sup>. Im Gegensatz zum Nachkriegszentrum, das als faktisch katholische Partei durch die Klammer der gemeinsamen Weltanschauung zusammengehalten wurde, und im Gegensatz zur SPD, die sich als klassenfixierte Arbeiterpartei rekonstituierte, mußte die Union gemäß ihrem „Volkspartei“-Konzept von Anfang an auf Interessenausgleich zwischen sozial, weltanschaulich und

---

186 Joseph Höffner, „Der deutsche Katholizismus in der pluralistischen Gesellschaft der Gegenwart“, in: *Jahrbuch des Instituts für christliche Sozialwissenschaften*, 1 (1960), 31-50, hier: 35.

187 Vgl. Maier, *Revolution und Kirche...* (Anm. 19), 18f.

188 Forster, „Der deutsche Katholizismus ...“ (Anm. 30), 220.

politisch sehr unterschiedlichen Traditionen hinwirken. Dadurch setzte sie sich der Kritik aus, konnte aber auch erfolgreich auf die sich ausdifferenzierende Gesellschaft reagieren.

Ohne die Rückendeckung der Kirche hätte sich die Union gegenüber ihren Konkurrenten hingegen nicht durchsetzen können. Wahrscheinlich haben sich die katholischen Bischöfe schon 1945 für die Union und damit gegen das Zentrum entschieden; sie behielten sich jedoch - vornehmlich aus taktischen Gründen - eine endgültige Entscheidung vor, da der Erfolg des „Experiments“ anfangs keineswegs sicher war. Durch den Verlust des kirchlichen Rückhalts geriet das Zentrum in eine schwere Identitätskrise, da es sich traditionell als verlängerter Arm der katholischen Kirche verstanden hatte. Die dadurch zwingend notwendige Umorientierung des Zentrums, die von Carl Spiecker durch eine Erweiterung der Parteibasis versucht wurde, scheiterte am Widerstand der Zentrumsanhänger, die wie ein Teil der Führung (die sich zum größten Teil an Hamacher orientierte) nicht bereit waren, das ihnen vertraute Parteimilieu zu verlassen. Nach dem Übertritt Spieckers zur CDU verlor das Zentrum zunehmend an Bedeutung. Als Gründe dafür müssen unter anderem die geringe Innovationsfreudigkeit der Zentrumsmitglieder und ihre Unfähigkeit, die sozio- und konfessionspolitischen Veränderungen im Nachkriegsdeutschland wahrzunehmen, angeführt werden; das Zentrum, so Ute Schmidt, startete 1945 „mit den alten Fahnen in die neue Zeit“<sup>189</sup>. Zwar knüpfte auch die Union an soziale Milieus an, die bereits vor 1933 bestanden hatten; doch im Gegensatz zur CDU verschlossen erste Erfolge in seinen angestammten Hochburgen - besonders den weitgehend geschlossenen Gebiete Rheinland-Westfalens, jenen ehemals kirchlichen Territorien, die das katholische Bekenntnis beibehielten<sup>190</sup> - dem Zentrum den Blick auf die Realität: Ihm entging der Substanzverlust des katholischen Milieus, der sich bereits seit der Weimarer Republik abgezeichnet hatte. Schon vor seinem unrühmliche Ende 1933 hatte das Zentrum an Integrationskapazität verloren. Ein wichtiger Grund dafür war die zunehmende Politisierung der Arbeiter, die einen großen Anteil der Anhängerschaft ausmachten, und deren Abwanderung zu den Linksparteien. Nach 1945 kam es zu einer nachhaltigen Durchmischung der Konfessionszonen als Folge von Flucht und Vertreibung. Wenn diese Faktoren auch nicht unmittelbar die Gründung der Union verursacht haben, so haben sie sie doch zumindest begünstigt.

Freilich darf weder die Bedeutung der Kirche, noch die Bedeutung des „Milieus“ bei der Ausdifferenzierung des politischen Katholizismus nach 1945 überschätzt werden. Alle deutschen Planungen bewegten sich in dem von den Alliierten vorgegebenen Rahmen. Dies wurde in dieser Arbeit am Beispiel Nordrhein-Westfalens deutlich gemacht. Der Organisationsbruch, den die Preisgabe der Zentrumstradition bedeutete, lag auch im Interesse der westlichen Alliierten, die einerseits das Volksparteikonzept begrüßten, um eine

---

189 Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 215.

190 „In den 14 Wahlkreisen, in denen der Anteil der Zentrumsstimmen bei den Kommunalwahlen im Oktober 1948 zwischen 20 und 30 Prozentpunkten lag, [waren] mehr als drei Viertel der Bevölkerung katholisch; und in den wenigen Kreisen, in denen der Zentrumsanteil auf über 30 Prozentpunkte anstieg, kamen auf einen Protestanten bereits sieben Katholiken.“ Schmidt, *CDU oder Zentrum...* (Anm. 3), 289.

Aufsplitterung des Parteienspektrums zu vermeiden, und die einen Verbündeten im Kampf gegen den Kommunismus suchten. Die Ziehung der Grenzen des neuen Landes an Rhein und Ruhr, dem wegen seiner wirtschaftlichen Ressourcen große Bedeutung in der Nachkriegsplanung der Alliierten für Deutschland und Europa zukam, verschafften der Union einen Vorsprung vor ihren Konkurrenten. Die SPD und auch das in sozialer Hinsicht ihr nahestehende Zentrum rechneten sich in den agrarischen Gebieten des neuen Landes nur geringe Erfolgchancen aus. Für manche Zeitzeugen war daher die Gründung Nordrhein-Westfalens eine Entscheidung der Alliierten für die CDU. Kurt Schumacher nannte das Land sogar „tödlich“ für die SPD.

In dieser Arbeit wurden verschiedene Aspekte behandelt, die um das Thema des politischen Katholizismus kreisen. Dabei sollte unter anderem deutlich geworden sein, daß das Jahr 1945 keine „Stunde Null“ war, aber als Fixpunkt innerhalb des Auszugs der Katholiken aus dem „Ghetto“ in die bürgerliche Gesellschaft der Bundesrepublik eine große Bedeutung spielte. Viele wichtige Faktoren konnten freilich nicht berücksichtigt werden, so zum Beispiel die Frage des Zusammenhangs von Konfession und Wahlverhalten<sup>191</sup>. Karl Rohe hat darauf hingewiesen, daß sich ein „konfessionsgerechtes“ und „klassengerechtes“ Wahlverhalten keineswegs von selbst versteht: „Wenn wir wissen, *daß* Katholiken in sehr viel stärkerem Maße als Protestanten ein konfessionelles Wahlverhalten an den Tag legen oder *daß* Industriearbeiter die Sozialdemokratische Partei bevorzugen, dann wissen wir noch nicht, *warum* sie das tun.“<sup>192</sup> Eben deshalb muß vor schnellen Rückschlüssen von der Konfessionszugehörigkeit auf die Präferenz für eine bestimmte Partei verzichtet werden. Auch in dieser Arbeit sollte keineswegs der Eindruck erweckt werden, daß sich die Gründung der Union und der Niedergang des Zentrums ausschließlich aus konfessionellen Faktoren erklären ließe. Innerhalb eines Erklärungsansatzes, der „multikausal“ ansetzte, sollte vielmehr im Sinne Wolfgang Schieders der Blick auf das Verhältnis von Religion und Gesellschaft in der modernen Welt gelenkt werden<sup>193</sup>.

---

191 Karl Rohe, „Konfession, Klasse und lokale Gesellschaft als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens - Überlegungen und Problematisierungen am Beispiel des Ruhrgebiets“, in: Albertin, Lothar/Werner Link, *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Düsseldorf 1981, 109-126.

192 Rohe, „Konfession, Klasse und lokale Gesellschaft...“ (Anm. 191), 111.

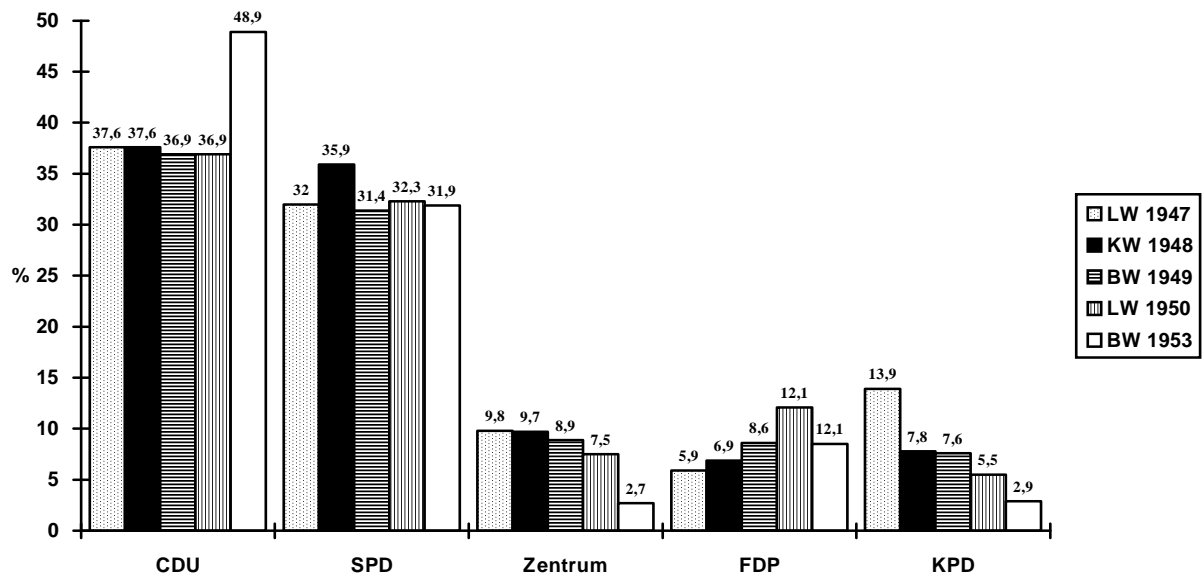
193 Wolfgang Schieder, „Religionsgeschichte als Sozialgeschichte. Einleitende Bemerkungen zur Forschungsproblematik“, *Geschichte und Gesellschaft*, 3. Jg. (1977), H. 3. S. 291-298, hier: 294.

## 7. ANHANG

### 7.1. Karte Nordrhein-Westfalens

**Karte 1:** Nordrhein-Westfalen nach einem Entwurf des *Regional Planning Board Rhineland* vom 1. September 1946. Quelle: Steininger, *Ein neues Land ...* (Anm. 42), 21.

### 7.2. Wahlen in Nordrhein-Westfalen zwischen 1947 und 1953



**Grafik 1:** Datenzusammenstellung nach: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, 1.Jg. (1949), H.2, 152 und 5.Jg (1953), H.10, 182.

### 7.3. Wahlergebnisse der DZP

Wahl		Stimmen		Mandate
		abs.	i.v.H.	
Bundestag	1949	727.505	3,1	10
	1953	217.078	0,8	3
	1957 (FU)	254.322	0,9	-
	1965 (CVP)	19.832	0,1	-
	1969	15.933	0,0	-
<b>Landtage</b>				
Baden-Württemberg	1952	23.356	0,9	-
Niedersachsen	1947	101.283	4,1	6
	1951	110.473	3,3	4
	1955	37.563	1,1	1
	1959	955	0,0	-
Nordrhein-Westfalen	1947	491.138	9,8	20
	1959	466.497	7,5	16
	1954	278.863	4,0	9
	1958	83.720	1,1	-
	1962	75.291	0,9	-
	1966	16.181	0,2	-
	1970	9.902	0,1	-
	1975	10.487	0,1	-
	1980	1.562	0,0	-
Rheinland-Pfalz	1951	29.816	2,1	-
Schleswig-Holstein	1947	1.082	0,1	-
Europawahl	1979	31.367	0,1	-

**Tabelle 1:** Nach Schmidt, „Die Deutsche Zentrumspartei“ (Anm. 12), 1221.

## 8. AUSWAHLBIBLIOGRAPHIE

### 8.1. Literatur zur Methodik

- Adenauerzeit. *Stand, Perspektiven und methodische Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung (1945-1967)* (Rhöndorfer Gespräche, Band 13), hrsg. v. Anselm Doering-Manteuffel, Bonn 1993. [21: 33A13531]
- Rohe, Karl, „Konfession, Klasse und lokale Gesellschaft als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens - Überlegungen und Problematisierungen am Beispiel des Ruhrgebiets“, in: Albertin, Lothar/Werner Link, *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Düsseldorf 1981, 109-126.
- Schieder, Wolfgang, „Religion in der Sozialgeschichte“, in: *Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklung und Perspektiven im internationalen Zusammenhang*, hrsg. v. Wolfgang Schieder u. Volker Sellin, Bd. 1, Göttingen 1986, 9-31. [21: gesch I 312]
- Schieder, Wolfgang, „Religionsgeschichte als Sozialgeschichte. Einleitende Bemerkungen zur Forschungsproblematik“, *Geschichte und Gesellschaft*, 3. Jg. (1977), H. 3. S. 291-298. [21: ZA 3288]
- Schmidtchen, Gerhard, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern/München, 2. Aufl., 1979. [21: 13A9584]
- Schmidtchen, Gerhard, *Zwischen Kirche und Gesellschaft; Forschungsbericht über die Umfragen zur Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland*, Freiburg/Basel/Wien 1972. [21: 12A5777]
- Schulze, Winfried, *Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945 (Historische Zeitschrift: Beiheft; N.F., 10)*, München 1989. [Theol. 62200]

### 8.2. Literatur zur Parteiengeschichte

- "Antwort Dr. Heinemanns", *Evangelische Verantwortung*, 1.Jg., Heft 9 (Oktober 1953), 21.
- "Keine evangelische Stimme der katholischen CDU!" (Flugblatt der GVP zur Bundestagswahl 1953, abgedruckt in: Peter Egen, *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, Bochum 1971, Anhang ILf.
- Adenauer, Konrad, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart 1965. [21: 5A8229]
- Adenauer-Studien*, Bd.1, hrsg. v. Rudolf Morsey/Konrad Repgen (*Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern*; Reihe B, Bd. 10), Mainz 1971. [11A8906]
- Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten (Geschichte und Staat, Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung; Bd. 254/255)*, hrsg. v. Günter Buchstab/Klaus Gotto, München/Wien 1981. [21: 22A17081]
- Dirks, Walter, "Die 'Klerikalen' und die 'Liberalen'", *Frankfurter Hefte*, 8.Jg., Heft 9 (1953), 329-341.



- Dirks, Walter, "Die christliche Demokratie in der deutschen Bundesrepublik", *Frankfurter Hefte* 8. Jg., Heft 9 (1953), 671-680.
- Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, Bd.2: *Programmatik der deutschen Parteien*, hrsg. v. Ossip K. Flechtheim, Berlin 1963.
- Eßer, Albert, *Wilhelm Elfes: 1884-1969. Arbeiterführer und Politiker (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Band 53)*, in Verbindung mit Dieter Albrecht, Heinz Hürten, Rudolf Morsey, herausgegeben von Konrad Reppen, Mainz 1990. [21: 30 A 22480]
- Fenske, Hans, *Deutsche Parteiengeschichte: Von den Anfängen bis zur Gegenwart, (UTB für Wissenschaft: Uni-Taschenbücher; 1824)*, Paderborn/München/Wien/ Zürich 1994. [21: Lehrb-Slg. Pol D 1003]
- Ossip K. Flechtheim, *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, 9 Bde., Berlin 1963-71.
- Gerstenmaier, Eugen, "Darf sich die CDU christlich nennen?", *Civis*, 4. Jg., Nr. 29 (1957), 12-15.
- Gradl, J.B., *Stets auf der Suche. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, eingeleitet und herausgegeben von Christian Hacke, Köln 1979. [Theol. Ee XII 5]
- Hammerstein, Notker, „Die marginale Judenfrage. Zentrumspartei und Antisemitismus“, *FAZ* 23.06.1994. Rezension eines Buches von Uwe Mazura.
- Hofmann, Robert, *Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart*, München/Zürich 1993.
- Karl Arnold. *Grundlegung christlich-demokratischer Politik in Deutschland. Eine Dokumentation. Mit einem Vorwort von Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke und einem Geleitwort von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer*, hrsg. v. Rainer Barzel, Bonn 1960. [21: 1 A 1870]
- Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, hrsg. v. d. Konrad-Adenauer-Stiftung, Vorwort v. Helmut Kohl u. Bruno Heck, Einleitung u. Bearbeitung v. Helmut Pütz, Bonn 1975. [21: 16A11065]
- Krämer-Badoni, Rudolf, u. Dirks, Walter, "Wer darf das große 'C' requirieren?", *Frankfurter Hefte*, 9.Jg. (1954), 32-35.
- Lohmann, Karl, "Politische Zusammenarbeit der christlichen Konfessionen", *Civis* 4/29 (1957), 8-10.
- Naßmacher, Karl-Heinz, unter Mitarbeit von Rotraut Conrads (...), *Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen (Studien zur Sozialwissenschaft; Bd. 86)*, Opladen 1989. [21: 29 A 17518]
- Pütz, Helmut, *Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1948. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands*, Bonn 1975. [21: 16A11065]
- Ruf, Thomas, "Anfänge der Parteien und der kommunalen Selbstverwaltung", in: *Abgeordnete des Deutschen Bundestags. Aufzeichnungen und Erinnerungen*,. Band 9: *Thomas Ruf*, Boppard am Rhein 1990, 35f.
- Schempp, Paul, *Die Stellung der Kirche zu den politischen Parteien und das Problem einer christlichen Partei*, Stuttgart 1946. [21: Gd 1180.8. Band 3]
- Schmidt, Giselher, „Panorama mit hübschen Details. Die Geschichte der CDU 1945-1982“, *FAZ* 25.08.1993. Rezension eines Buches von Hans-Otto Kleinmann.

- Schmidt, Ute, „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands“, in: *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 38)*, hrsg. v. Richard Stöss, Band 1: *AUD bis EFP*, Opladen 1983, 490-660. [21: Lehrb.-Slg. pol D 1016-1]
- Schmidt, Ute, „Die Deutsche Zentrumspartei“, in: *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 38)*, hrsg. v. Richard Stöss, Band 1: *AUD bis EFP*, Opladen 1983, 1192-1242. [21: Lehrb.-Slg. pol D 1016-1]
- Schmidt, Ute, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 51)*, Opladen 1987. [21: 27 A 21745]
- Schwering, Leo, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963. [21:4A211]
- Tillmanns, Robert, "Sehr geehrter Herr Dr. Heinemann!", *Evangelische Verantwortung*, 1.Jg., Heft 8 (September 1953), 8f.
- Volk ohne Mitte? - Das Zentrum im Kampf*, hrsg. v. der Deutschen Zentrumspartei, Essen o.J. Zitiert in: *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*, hrsg.v. O.K. Flechtheim, Band 1, Berlin 1962, 35-38.
- Wieck, Hans Georg, *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien)*, Düsseldorf 1953. [21: Fo XIIa 5071]
- Wild, Thomas, "Wahlanalyse: Die Konfessionen", *Civis*, 4.Jg., Heft 29 (1957), 109-110.
- Wildenmann, Rudolf, „Die soziale Basis der Herrschaft Konrad Adenauers“, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. II: *Beiträge der Wissenschaft (Veröffentlichungen der Konrad-Adenauer-Stiftung)*, Stuttgart 1976, 275-284. [21: 31B480]

### 8.3. Literatur zur Religionsgeschichte

- Aretin, Karl Otmar Freiherr von, „Lieber nicht liberal. Politischer Katholizismus in der Weimarer Republik“, *FAZ* 27.10.1993.
- Becker, Josef, „Das Ende der Zentrumspartei und die Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland“, in: *Von Weimar zu Hitler 1930-1933*, hrsg. v. Gotthard Jasper, Köln/Berlin 1968, 344-376, hier 350.
- Braun, Hans, „Demographische Umschichtungen im deutschen Katholizismus nach 1945“, in: *Kirche und Katholizismus 1945-1949*, hrsg. v. Anton Rauscher (*Beiträge zur Katholizismusforschung*, Reihe B), München/Paderborn/Wien 1977, 9-25.
- Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, hrsg. v. Anton Rauscher, 2 Bde., München/Wien 1981. [21:22A6244-1 u. -2]
- Dirks, Walter, „Katholizismus und Nationalsozialismus“, in: *Die Arbeit*, 8.Jg. (1931), 203.

- Doering-Manteuffel, Anselm, *Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948-1955* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 32), Mainz 1981. [21: 21A12035]
- Forster, Karl, „Der deutsche Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, hrsg. v. Anton Rauscher, Band 1, München/Wien 1981, 209-264. [21: 22 A 6244-1]
- Graf, Wolfgang, *Kirchliche Beeinflussungsversuche zu politischen Wahlen und Abstimmungen als Symptome für die Einstellung der katholischen Kirche zur Politik (Allgemeiner Zeitraum: Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart)*, (Diss.) Mainz 1972. [Us.74.2047.]
- Hehl, Ulrich von/Konrad Reppen, *Der deutsche Katholizismus in der zeitgeschichtlichen Forschung*, Mainz 1988.
- Höffner, Joseph, „Der deutsche Katholizismus in der pluralistischen Gesellschaft der Gegenwart“, in: *Jahrbuch des Instituts für christliche Sozialwissenschaften*, 1 (1960), 31-50.
- Katholizismus und politische Parteien (Schriftenreihe des Institutes für Sozialpolitik und Sozialreform (Dr. Karl Kummer-Institut))*, *Gesellschaft und Politik*, 13. Jg. (1977), H. 4. [21: 2 E 400]
- Katholizismus, Rechtsethik und Demokratiediskussion 1945-1963*, hrsg. v. Anton Rauscher (*Beiträge zur Katholizismusforschung*, Reihe B), Paderborn/München/Wien/Zürich 1981. [21:3E8645]
- Kaufhold, Karl Heinrich, „Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland seit der Industrialisierung (1800-1963)“, in: *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, hrsg. v. Anton Rauscher, Bd. 2., München/Wien 1981, 9-51.
- Kaufmann, Doris, *Katholisches Milieu in Münster 1928-1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens*, hrsg. v. Hans-Joachim Behr ...; Bd. 14), Düsseldorf 1984.
- Kirche und Katholizismus 1945-1949*, hrsg. v. Anton Rauscher (*Beiträge zur Katholizismusforschung*, Reihe B), München/Paderborn/Wien 1977. [21: 18A9941]
- Kirche und moderne Demokratie (Wege der Forschung*, Bd. CCV), hrsg. v. Theodor Strohm/Heinz-Dietrich Wendland, Darmstadt 1973.
- Lönne, Karl-Egon, „Katholizismus 1945: Zwischen gequälter Selbstbehauptung gegenüber dem Nationalsozialismus und Öffnung zur pluralistischen Gesellschaft“, in: *Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995, 745-769.
- Loth, Wilfried, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 75), Düsseldorf 1984.
- Maier, Hans, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, 3. Aufl., München 1973.
- Maier, Hans, „Die Katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, hrsg. v. Werner Weidenfeld u. Hartmut Zimmermann, München/Wien 1989, 165-173.

- Morsey, Rudolf, „Der politische Katholizismus 1890-1933“, in: *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803-1963*, hrsg. v. Anton Rauscher, München/Wien 1981, 110-164. [21: 22A6244-1]
- Rauscher, Anton, *Kirche und Katholizismus 1945-1949 (Beiträge zur Katholizismusforschung, in Verbindung mit Clemens Bauer ... hrsg. v. Anton Rauscher; Reihe B: Abhandlungen)*, München/Paderborn/Wien 1977. [21: 18 a 9941]
- Rauscher, Anton, *Katholizismus, Rechtsethik und Demokratiediskussion 1945-1963 (Beiträge zur Katholizismusforschung, in Verbindung mit Clemens Bauer ... hrsg. v. Anton Rauscher, Reihe B: Abhandlungen, Redakt.: Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach)*, Paderborn/München/Wien/ Zürich 1981. [21:3E8645]
- Rendtorff, Trutz, „Protestantismus zwischen Kirche und Christentum. Die Bedeutung protestantischer Traditionen für die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland“, in: *Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem*, hrsg. v. Werner Konze/M. Rainer Lepsius (*Industrielle Welt*, Bd. 34), Stuttgart 1983, S. 410-440. [21: 23A9572]
- Säkularisierung*, hrsg. v. Heinz-Horst Schrey (*Wege der Forschung*, Bd. CDXXIV), Darmstadt 1981. [21: 22A6867]

#### 8.4. Literatur zur Geschichte Nordrhein-Westfalens

- Die Religionsgliederung der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen nach dem Ergebnissen der Volkszählung vom 29.10.1946. Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen*, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, H.1, Essen-Kettwig 1949. [21: Ø]
- Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen in den Jahren seit 1948*, hrsg. v. Statistischen Landesamt Düsseldorf, Jg. 1952. [21: Ø]
- Entscheidungen im Westen (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens)*, hrsg. v. Walter Först; Bd. 7), hrsg. v. Walter Först, Köln/Berlin 1979. [21: 20A2237]
- Först, Walter, *Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Düsseldorf 1986. [21:27A9032]
- Fünfzig Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919-1968. Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen*, H.244, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1969.
- Hüttenberger, Peter, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Reihe C: Quellen und Forschungen. Band 1. Im Auftrage des Kultusministeriums von Nordrhein-Westfalen herausgegeben vom Bundesstaatsarchiv Düsseldorf)*, Siegburg 1973. [21: 14 A 13558]
- Köhler, Wolfram, *Das Land aus dem Schmelztiegel. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens*, Düsseldorf 1961. [21: 1 A 668]
- Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, vierte Reihe: Deutschland seit 1945. Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben von Karl*

- Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Band 5), eingeleitet und bearbeitet von Wolfgang Hölscher, hrsg. in Verbindung mit Walter Först, Düsseldorf 1988. [21: 28 A 7779]
- Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen* (Band 2 der *Schriften zur politischen Bildung Nordrhein-Westfalens*, hrsg. v. der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen), hrsg. v. Ulrich von Alemann, Mit Beiträgen von Karl Rohe ..., Köln 1985. [21: 27A17184]
- Statistische Kurzberichte Nordrhein-Westfalen*, hrsg. v. Statistischen Landesamt Düsseldorf, Jg. 1948, Nr. 5, 22.10.1948.
- Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen*, 1. Jg. (1949), H.2. [21: Eb 347.4.-1]
- Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen*, 5. Jg. (1953), H.2. [21: Eb 347.4.-5]
- Steininger, Rolf, *Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens*, Köln/Stuttgart/Berlin 1990. (*Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens*, Band 6; hrsg. v. d. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen). [21: 31 A 10310]

### 8.5. Andere Literatur

- Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland: 1945-1949*, Band 3: *Juni-Dezember 1947*, hrsg. v. Bundesarchiv u. Inst. für Zeitgeschichte, München/Wien 1982. [Theol. 52804]
- Benz, Wolfgang, *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, hrsg. v. Martin Broszat ...), 2. Aufl., München 1992.
- Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, hrsg. v. Werner Weidenfeld u. Hartmut Zimmermann, München/Wien 1989. [21: Lehrb.-Slg. pol C 218]
- Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995.
- Gillessen, Günther, „Mit Polen ging Europa verloren. Die Jalta-Konferenz und ihr Platz im Drama der Anti-Hitler-Koalition“, *FAZ*, 4. Februar 1995.
- Graml, Hermann, „Vom Kriegsende bis zur doppelten Staatsgründung 1945-1949“, in: *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, hrsg. v. Werner Weidenfeld u. Hartmut Zimmermann, München/Wien 1989, 35-47.
- Greiner, Bernd, „Die Morgenthau-Legende“, *Die Zeit*, 14. Oktober 1994.
- Hillgruber, Andreas, *Deutsche Geschichte 1945-1986. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik*, (*Urban Taschenbücher*; Band 360), 7. Auflage, Stuttgart/Berlin/Köln 1989.
- Kettenacker, Lothar, „Die britische Rahmenplanung für die Besetzung Deutschlands und seine unerwarteten Folgen“, in: *Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995, 51-73.
- Krieger, Wolfgang, „Die amerikanische Deutschlandplanung. Hypotheken und Chancen für einen Neuanfang“, in: *Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995, 25-50.

- Menges, Walter, „Wandel und Auflösung von Konfessionszonen“, in: *Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben*, hrsg. v. Eugen Lemberg/Friedrich Edding, Bd. 3, Kiel 1959, S.1-23. [21: FoXIIa5264.8.]
- Metz, Johann Baptist / Tiemo Rainer Peters, *Gottespassion. Zur Ordensexistenz heute*, Freiburg/Basel/Wien 1991, 22. [21: 31A4954]
- Morsey, Rudolf, *Die Bundesrepublik Deutschland: Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte*, hg. v. Jochen Bleicken ...; Bd. 19), 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1995.
- Nachkriegsdeutschland: 1945-1949 (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert*; Bd. 10), hrsg. v. Peter Bucher, Darmstadt 1990. [Theol. 222/92]
- Soutou, Georges-Henri, „Frankreich und die Deutschlandfrage 1943 bis 1945“, in: *Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995, 75-116.
- Steinert, Johannes-Dieter, „Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen“, in: *Ende des Dritten Reiches - Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, im Auftrage des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Hans-Erich Volkmann, München 1995, 557-579.
- Weber, Max, *Wirtschaftsgeschichte*, München/Leipzig 1923, 310. [21: Ee 2588.8]
- Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland / Deutsche Demokratische Republik. Ein Vergleich*, hrsg. v. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3. neugestaltete Ausgabe, 2. Auflage, Bonn 1988.